

Helv.

920

0

Helv. 920⁵

Das
Nachbarrecht des Kantons Schwyz.

—♦♦—
Dissertation

zur

Erlangung der juristischen Doktorwürde

an der

Universität Bern

von

CARL THEILER

von Wollerau, Kt. Schwyz.

—♦♦—
Schwyz, 1896.

BUCHDRUCKEREI WEBER & STEINER.

Ga/66/930

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Herrn Professor Dr. Eugen Huber in Bern

dankbar gewidmet.



Das Nachbarrecht des Kantons Schwyz.

Einleitung.

Naturgemäss berührt das Sachenrecht eine Reihe privatrechtlicher Verhältnisse, welche tief ins Leben dringen und mit demselben eng und schwer trennbar verwachsen sind. Ganz besonders aber haften die dem allgemeinen Rechte nachgebildeten und entspringenden Details so fest in der Volksanschauung, dass sie nicht ohne weiters übergangen werden können, sondern vielmehr heute noch — allerdings mit Rücksicht auf die Forderungen der Gegenwart — beachtet und gewürdigt werden müssen.

Besonders in den Landesteilen des jetzigen Kantons Schwyz, wo seit älteren Zeiten allemannisches Recht gegolten, zeichnen sich die Rechtsverhältnisse als spezifisch deutsches Recht aus und haben auch diesen ihren alten Grundcharakter in seiner Einfachheit und in unmittelbarster Verbindung mit der Volkssitte bis auf den heutigen Tag in einem verhältnismässig grossen Umfange bewahrt.

Während die bestehende Bundesgesetzgebung bereits das Obligationenrecht und damit das Mobiliarverkehrs- und Mobiliarpfandrecht, sowie verschiedene mit dem Betreibungsrecht in Verbindung stehende privatrechtliche Verhältnisse umfasst, während dem auch die meisten Kantone ein von Juristen geschriebenes Privatrecht seit mehr oder minder langer Zeit besitzen, hat der ursprünglich aus einer echt allemannischen freien Markgenossenschaft entstandene Kanton Schwyz noch kein gelehrtes Privatrecht angenommen, sondern aus gelegentlichen Landsgemeindebeschlüssen und Ratsverordnungen sein Rechtssystem gebildet, welches gewiss ungleich intensiver nach den Bedürfnissen und den Ansichten des Volkes sich richtete und teilweise noch richtet, als fremdes römisches oder französisches Recht.

Dieses gilt in hervorragender Weise auch vom Nachbarrecht, denn dieses besonders hat seine interessanten kultur- und rechts-historischen Seiten, da es ja an sich schon wie kaum ein anderes Recht dazu angethan ist, sich den lokalen Bedürfnissen und Gewohnheiten anzupassen.

Der Kanton Schwyz besitzt auch kein einheitliches und besonderes Nachbarrecht, sondern nur einzelne nachbarrechtliche Bestimmungen und Gelegenheitsgesetze meist aus dem XVI. und XVII. Jahrhundert, die sich als grundlegende Normen in den acht verschiedenen Statutarrechten enthalten finden. Manches Althergebrachte behauptet hier seine Geltung, weil es dem Volke durchaus bekannt ist, woran sich auch erst dann die Kritik wagen darf, wenn Theorie und Leben damit in fühlbaren Widerstreit geraten. Dieser Konflikt muss aber heutzutage um so sicherer eintreten, da sich die Zeiten mit ihren Bedürfnissen und Rechtsanschauungen überhaupt geändert haben.

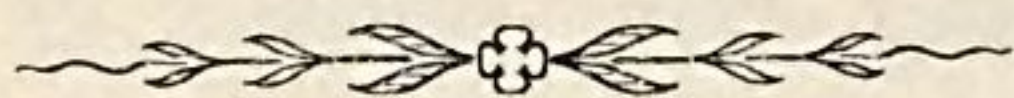
Der Kanton Schwyz ist unter den eidgenössischen Ständen seit langem schon der einzige, der innert seinen Grenzen, in einem verhältnismässig kleinen Gebiet noch verschiedenartige Statutarrechte besitzt und anwendet und wo nicht blos jeder einzelne der sechs, aus den verschiedenen alten Landesteilen gebildeten Bezirke sein eigenes Landrecht hat, sondern wo sogar innerhalb dieser Bezirksgrenzen wiederum besondere und eigene Landrechtsbestimmungen sich erhalten haben¹⁾. Etwa das Hypothekarrecht — soweit es wenigstens durch die Notariatsverordnung formell geregelt wurde — ausgenommen, sind keine nennenswerte sachenrechtliche Reformen getroffen worden.

So ist es denn auch erklärlich, wenn die Rechtsprechung oft an veralteten Rechtsbestimmungen keinen sicheren Halt gefunden und sich daher teils auf Präjudizen teils auf die privatrechtlichen Bestimmungen der Nachbarkantone (z. B. des Kantons Zürich) stützen musste.

¹⁾ So unterscheiden wir das Landbuch von Schwyz, das Artikelbuch von Gersau, das Landbuch der March, Hofrodel und Waldstattordnung von Einsiedeln, das Landbuch von Küssnacht, das Artikelbuch von Wollerau (Hinterhof), das Hofrecht von Pfäffikon (Vorderhof) und das Hofrecht von Reichenburg. (Herausgegeben von Dr. M. Kothing, Regierungssekretär und Archivar, in Schwyz. Das Landbuch von Schwyz 1850, die übrigen als Folge dazu unter dem Titel »Rechtsquellen 1853«, im Buchhandel vergriffen und nur mehr selten antiquarisch erhältlich.)

Wie unsicher die daherige Rechtspraxis ist, das beweisen schon die oft divergierenden Gerichtsurteile. Kein Wunder also, wenn unter vielem andern im Jahre 1879 und zum wiederholten Male im Jahre 1887 beim Regierungstat eine Petition eingereicht wurde um Erlass eines kantonalen Civilgesetzbuches¹⁾ und am 7. Juli 1887 speziell um Erlass eines Gesetzes über Nachbarrecht. Beide Petitionen figurieren unter den etwa 20 unerledigten und vertagten Aufträgen des Kantonsrates und harren anlässlich der bevorstehenden Verfassungsrevision einer hoffentlich kommenden Erledigung.

Im Hinblick darauf wäre vorliegende Arbeit hinlänglich belohnt, wenn dieselbe den einzigen Erfolg hätte, die beinahe erstorbene Lust nach Bearbeitung unseres kantonalen Rechtes wieder wachzurufen und einem dringenden Bedürfnis durch Schaffung eines eigenen, allenfalls auf Grund eines bestehenden und bewährten privatrechtlichen Gesetzbuches abzuhelpen.²⁾



¹⁾ Dass für den Kanton Schwyz ein Civilgesetzbuch aufgestellt werden sollte war übrigens schon eine Bestimmung der Verfassung vom Jahre 1833, welche bei der Revision vom Jahre 1848 festgehalten wurde.

²⁾ So liesse sich das ausgezeichnete Zürcher Recht, allerdings mit Berücksichtigung gewisser bedeutender kulturhistorischer Abweichungen, ganz gut und leicht unsern Verhältnissen anpassen.

Der juristische Charakter des Nachbarrechtes.

Die Freiheit der Disposition über das Eigentum, welche bei beweglichen Sachen zu ihrer vollen Verwirklichung gelangt, lässt sich in aller Konsequenz nicht auf das Grundeigentum übertragen. Die Bewirtschaftung des einen Grundstückes zieht notwendigerweise die nachbarlichen Grundstücke in Mitleidenschaft; darum stellt das Nachbarrecht zu Gunsten der Anstösser einer Liegenschaft Beschränkungen auf, insoweit solche nicht etwa durch freie Vereinbarung der Nachbarn in Form von Prädialservituten schon stipuliert worden sind, denn es soll der Grundeigentümer einerseits nicht ohne Mass und ohne Schonung der Interessen seines Nachbarn die Herrschaft über sein Grundstück ansüben und anderseits soll er in beschränktem Umfange seinem Nachbarn auch Eingriffe in sein Eigentum gestatten, ja er kann sogar ausnahmsweise in gewissen Fällen zu einem positiven Handeln (*facere*) verpflichtet werden. Diese Beschränkungen verstunden sich zur Zeit der Gemeinschaft der Feldbebauung in der Dreifelderwirtschaft oder bei dem gemeinschaftlichen Weidgang von selbst; es lag das eben in der Natur der Sache, darum auch die ältern Quellen oft die weitgehendsten Beschränkungen als selbstverständlich kaum erwähnen. Erst mit der allmählichen Absonderung von »Allmeind und Eigen« machte sich das Bedürfnis von nachbarrechtlichen Bestimmungen fühlbar, was deutlich aus gelegentlichen Landsgemeindebeschlüssen und Ratsverordnungen zu ersehen ist. Immerhin fehlte es gegenüber der grossen Casuistik, die heute namentlich in Bezug auf nachbarrechtliche Verhältnisse zu Tage tritt, oft an durchschlagenden Prinzipien, so dass ich mich auf den Nachweis derartiger rechtlichen Bestimmungen und der Grundsätze der Praxis beschränken muss.

I. Die Wegrechte.

a. Notweg.

Das Notwegrecht ist eine besonders aus den Bedürfnissen der frühern Landwirtschaft, vor allem des Dreifeldersystems entstammende Befugnis, dass der Besitzer eines mit Zufahrtswegen nicht versehenen Grundstückes einen Zugang oder eine Zufahrt über die Nachbargrundstücke nehmen darf und zwar an der Stelle, wo ihm der Zugang am zweckmässigsten, nächsten und für andere am wenigsten nachteilig geboten werden kann.

Dieser Anspruch eines Wegbedürftigen findet in gewisser Hinsicht auch Anerkennung in den verschiedenen schwyzerischen Statutarrechten. Gleichzeitig wird auch erwähnt, dass allfällige Differenzen bezüglich der Höhe des Schadenersatzes vor »Ammann und Rat« beglichen werden sollen.

So lautet ein Landsgemeindebeschluss von 1518, enthalten im Landrecht von Schwyz, lib. II, Fol. 7, folgendermassen (siehe Kothing pag. 134):

»Als zu zyten biderb lüt wegen manglent zu faren vff Iro gütter, vnd aber ander, über der gütter sy faren müssent, sich des by wylen beschwerent; vnnd darum, das in künftigem Hyerin Irtung vermitteln blib, vnnd ouch yeder off das sin kommen mög, Ist gesetzt Also, das ein yetlicher soll faren der Landslütten Allmywägen vnnd sträßen nach, bis das er hatt den Nächsten vnnd den gelegnisten vff das sin.«

In einem Artikel aus dem Redingschen Manuskript vom Jahre 1500 (siehe Kothing pag. 133) wird zugleich noch das Prozedere bei solchen streitigen Ansprüchen erwähnt:

. . . »das allenthalb Im Lanndt, wer der ist, der uff den andern durch sin gut einen nüwen weg, der vornacher von Rechtz wegen da nit gan sollt, Noch gebrucht worden ist, das

der selb, so einen wäg han wyl vnnd muß, von dieserm, dem er den wäg vffleitt, kouffen soll; ob er dann der selb diserm, der den wäg han muß, zu vyl wider billichs für den wäg ufflegen wellte, das disem vnlichen were, das soll dann an einem Ammann vnnd Ratt stan: wie sy es dann machen, daby soll es beliben.«

Ähnlich spricht sich das Landbuch vom Bezirk March vom 26. April 1756 in Art. 39 aus (siehe Kothing pag. 127):

»Item ist unser Landrecht, das einer dem nächsten undt ohnschedlichsten Weg nach solle faren ab dem seinen auff das Seine bis an die Landtstraß; vnndt ob einer nit Steeg undt Weeg hätte ab dem seinigen undt mit dem Jennigen, wodurch er den Weeg zu gebrauchen und nötig zu haben vermeinte, nit könnte freündtlich deß eindten werden, solle ein Ammann vnndt ein Neünt geschworenes Landtgericht¹⁾ hierumb angesprochen vnndt mit güete oder Recht hierüber zu sprechen gewaldt haben.«

Es ist ferner zu erwähnen, die Bestimmung des Hofrodel und Waldstattordnung von Einsiedeln vom Jahre 1702 in Art. 248 (siehe Kothing pag. 232):

¹⁾ Es mag hier am Platze sein, die alte schwyzerische Gerichtsverfassung kurz zu erwähnen, sowohl zur Ergänzung obiger wie späterer Erwähnungen alter Gerichte und ihrer Kompetenzen.

Es handelt sich speziell hier allerdings um das Neunergericht der March. Seine Kompetenzen waren aber gleich denen der schwyzerischen, dessen Gerichtsverfassung auch vielfach seinen Einfluss übte auf diejenigen anderer Landesteile, nur dass dort nicht die »Viertel«, sondern andere alte Einflüsse und Einteilungen in Betracht fielen. Wir erwähnen deshaß nur die Gerichte des alten Landes.

Das *neunt-geschworne Landgericht* oder *Neunergericht* bestund aus dem regierenden Landammann, drei Ratsherren und sechs Richtern, aus jedem der 6 Viertel einer. Die sechs Richter wählte die Landsgemeinde, die drei Ratsrichter aber der grosse Landrat. Das Neunergericht urteilte über Erb und Eigen, Steg und Weg, Grund und Boden, Hag und March, Wasser und Wuhren, über Scheltungen, Testamente, Landrechte und Ehehaften und zwar ohne Appellation an eine höhere Behörde. In diesem Gericht konnte nur je einer aus einem Geschlecht, keine Schwäger und Geschwisterkinder, noch viel weniger Vater und Sohn miteinander sitzen. Die Richterstelle dauerte 3 Jahre. Das Neuner-Gericht besammelte sich ordentlicherweise nur einmal im Jahr (vor Ostern), konnte aber auch gegen Erlegung von 13 Gulden gekauft werden.

Das *Siebnergericht* oder *siebt-geschworne Landgericht*, welches der obrigkeitliche Richter präsierte, bestund aus diesem und je einem von der Landsgemeinde

»Daß so man nebet den Güteren durchkommen könne, man die Fahrweg durch die Güter nit brauchen solle. Herbstgr. 13. Nov. 1690.«

Ebenso das Artikelbuch von Gersau von Jahre 1751, welches im 11. Punkt, Abs. 2 (siehe Kothing pag. 103) folgendes bestimmt:

»Welcher auf die Alp oder sonst wo fahrt, der solle durch den nächsten Fußweg auf den Fahrweg fahren, da er Leibs und Guts sicher ist.«

Denselben Vorschriften folgt Art. 66 des Hofrodels von Reichenburg (Kothing, pag. 355):

»Item es ist auch vnser Hoffsrecht, welcher Invnserm Hoff ligend gutt hatt, er sy Hoffjunger, Hintersäs oder annder, der soll varen vnnd gan ab sim vff sins den nächsten vnd vnschädlichsten, doch die allmeinden vnd Straßen, wann es möglich ist, zu Hilf nän. So aber einer ein weg hatt vff ein Gut, er sy dahin erkoufft oder geteylt, es sy den vorsten oder nächsten, vnd söllichs mag bewysen mit lüt oder briefen, der sol daby belyben.«

In genannten Artikeln ist demnach grundsätzlich ausgesprochen:

- a) Als Weg und Steg zu und von Liegenschaften sollen, soweit es ohne gar grossen Umweg möglich ist, vorab die Landstrassen und andere dem öffentlichen Gebrauche gewidmeten Wege benützt werden.

auf 3 Jahre aus jedem Viertel gewählten Richter. Es urteilte ebenfalls ohne Appellation über alle bürgerlichen Streithändel aus Kauf und Tausch, Schuldforderung Zinse u. drgl. Der vorsitzende obrigkeitliche Richter war ehemals der Landweibel. Das Siebnergericht besammelte sich ordentlicherweise neunmal im Jahre, konnte aber auch gekauft werden.

Revisionen gestattete der Rat. Der Rechtsgang war weder beschwerlich noch teuer. In jedes Gericht waren vier Landesfürsprecher verordnet, die alle 4 Jahre mit neuen wechselten. Jeder Richter erhielt als Lohn nicht mehr als 4 Schilling, die Gerichtsdienner verhältnismässig, ein »Vorsprech« 1 Thaler, ein Zeuge 10 Schilling.

Ein speziell schwyzerisches Gericht war das *Gassengericht*, eine uralte, demokratische Einrichtung. Ursprünglich auf offenem Platz mit Zuzug zweier oder dreier ehrbarer Männer aus dem Volke abgehalten, tagte es in späterer Zeit unter dem Vorsitz des Landweibels ebenfalls auf dem Hauptplatz oder »unterm Bogen« und bestund jeweilen aus sieben verständigen Männern, die Landsleute sein mussten. Der Landweibel konnte das Gassengericht von der Rathausstiege aus nach Gutfinden berufen und wurde auf jedes Begehren gegen Erlegung von 10 Schillingen abgehalten. Seine Kompetenz umfasste aber nur Schuldforderungen unter 50 Gulden, welche gepfändet, aber durch Rechtsvorschlag bestritten waren.

- b) Sofern für eine Liegenschaft ein öffentlicher Weg nicht oder nicht vollständig benutzt werden kann, hat der betreffende Liegenschaftsbesitzer sich vorab des seinigen zu bedienen. Erst wenn dies nicht möglich ist, oder dessen Benutzung zum vorhabenden Zwecke nicht hinreicht, entsteht für den Betreffenden das Recht, dass ihm der benötigte Weg, sei es dann Fuss-, Fahr-, Tränk- oder Winterweg, angewiesen werde.
- c) Diese Wege sind in jener Richtung anzuweisen, welche die Eigenschaften der Nähe, Bequemlichkeit und Unschädlichkeit am besten in sich vereinigt.

Es ist wohl zu bemerken, dass hier nirgends ausdrücklich die Pflicht ausgesprochen wird, einem andern einen neuen Weg zur dauernden Benutzung zu gewähren, sondern es ist dies sogar in einem Landrechtsartikel von Schwyz vom Jahre 1530 in lib. II, Fol. 57 (siehe Kothing, pag. 171) dem guten Willen eines Nachbarn anheimgestellt:

»Wo yeman ströwy hatt oder holtz vßzuführen, vnd aber ethwer meint, das nit weg darzu gangendt, vnd aber die oder der, so der wegen manglen, vermeinen, man sölle Inen weg darzu ze gen schuldig sin; dorum sol man die alten weg. wo Bisher gangen, die man weyßt, Einandern vffthun vnd fahren lan zu ströwy vnd zu holtzen höwen.

»Aber nüw weg einander vffzuthun vnd zu geben, des soll niemantz schuldig sin, Sunder ob yemantz nüwen wegen manglen, oder bedörfen, der oder die söllendt oder mögent sich mit dem oder denen, durch dero oder über dero güter sy faren müssen, Betragen vnd richten, das sys faren lassen.«

Dementsprechend lautet denn auch eine Verfügung im Ratsprotokoll vom Jahre 1807, Bd. 7, pag. 180:

»Für ein Notfahrwegrecht von der Sommerau hinweg durch des Hafner Eigels Besizung ist Ratsherr Dettling ersucht, den Eigel zu bereden, dass er solchen Notweg gestatte und zulasse.«

Dies Resultat steht nun keineswegs im Einklang mit dem streng juristischen Begriff von Notwegrecht, noch weniger mit der heutigen Legislatur überhaupt. Kann ja eine absolute Zugangsnot insbesondere dadurch herbeigeführt sein, dass bei Parzellierungen

unbedachterweise¹⁾ ein Wegrecht an dem abveräusserten oder zurückbehaltenen Grundstücke nicht bestellt ist, welches das Hinterland mit dem öffentlichen Wege verbindet. In diesem Falle ist ein neuer permanenter Weg absolut erforderlich und kann richtigerweise nicht von der Willkür eines andern abhängig gemacht werden.²⁾

Die schwyzerische Rechtspraxis hat denn auch von jeher gesucht, das Notwegrecht nicht bloss auf schon bestehende, sondern auch auf neue Wege auszudehnen, besonders gestützt auf den cit. Landrechtsartikel von 1500 (siehe Kothing pag. 133), dessen Grundsatz durch den cit. Artikel von 1530 (K. 171) nicht aufgehoben, sondern vielmehr ergänzt worden ist, indem letzterer nur die Bestimmungen über Viehfahrwege und über die Abfuhr von Holz und Stroh näher regelt.³⁾

¹⁾ Stobbe, Handbuch des deutschen Privatrechtes, Bd. II, § 85, sagt, der Betreffende müsse den Zugang über seine Güter auch dem neuen Erwerber gestatten; es gelte hier eine Servitut als stillschweigend errichtet. — Das Zürcher Privatrecht präzisiert dies in § 141 näher wie folgt: »Hat der des Notweges bedürftige Eigentümer durch *eigenes Verschulden* ein ihm früher zugestandenes Wegrecht verloren, so ist er zwar ebenfalls berechtigt, die Einräumung des Notweges zu begehren, aber nur gegen doppelte Entschädigung des belasteten Grundeigentümers.

²⁾ In Berücksichtigung dessen wurden z. B. schon im Jahre 1354, als die Gemeinde Arth ihre Allmeind teilte, nicht bloss die hergebrachten Wege über das Eigen vorbehalten, sondern auch festgesetzt, es sollen die verteilten Stücke der Gemeinmark einander überall »Weg und Steg« geben. (Urkunde bei Zay S. 53 ff., vgl. Blumer Staats- und Rechtsgeschichte der schweiz. Demokration in Bd. I, pag. 447.)

³⁾ Letztere Gesichtspunkte waren auch wirklich massgebend im Prozesse der Gotthardbahn kontra Rickenbach, indem der Gotthardbahn gegen eine der Servitutspflicht angemessene Entschädigungssumme ein Notweg zugesprochen wurde. (Vgl. Kantonsgerichtsprotokoll Bd. XXIV, pag. 77, v. J. 1887.)

Anderseits hat auch das Bezirksgericht des öftern und des Kantonsgericht besonders in der Appellation der Berg- und Seeboden-Allmeind als Klägerin kontra Unterallmeind-Korporation in Arth wohl auch mit Rücksicht auf die etwas unklare Fassung jener beiden Landrechtsartikel den Grundsatz ausgesprochen, dass *in Ermangelung klarer gesetzlicher Bestimmungen* die Zulassung eines Notweges auf das dringendste Bedürfnis beschränkt werden müsse. (Vgl. Ktsgr.-Prot. v. 8. Juli 1895.)

In den Ratsprotokollen aus dem Anfange dieses Jahrhunderts findet sich oft der Passus, dass der wegbedürftige Petent »zur Geduld verwiesen« wird und ein Gerichtsausschuss ernannt werden soll, der sich mit der Angelegenheit zu befassen habe. (Vgl. Rats-Protokoll Bd. IV, pag. 189, v. J. 1805, und Bd. XVIII, pag. 187, v. J. 1813.)

Landrechtmässige Anwendung fand stets der cit. schwyzer. Landrechtsartikel von 1518 (siehe Kothing pag. 134¹), nicht weniger auch die besondere Bestimmung des Artikelbuches von Gersau vom Jahre 1751, elfter Punkt, Abs. 3 (siehe Kothing pag. 103), wonach jeder Fahr- und Fussweg auch mit Vieh gegen allfällige Entschädigung befahren werden darf:

»Man mag auch durch andere Weg, es seyen Fahr- oder Fußwege, auch mit einem oder mehr gefangnem Haupt Vieh fahren; so aber der Besitzer des Guts geschädigt würde, wenig oder viel, so solle ihm der Schaden nach Billigkeit ersetzt werden.«

In gleichem Sinne lautet der 12. Punkt, Abs. 3 ibid. (siehe Kothing pag. 104):

»Es mag einer auch durch andere Weg fahren, aber so er etwas geschendt, so solle er den Schaden abthragen.«

Daraus dürfte sich leicht auch allgemein der Grundsatz folgern lassen, dass wo infolge der Dienstbarkeitsrechte eigentliche, dem Verkehrsgebrauch ausschliesslich gewidmete Feldwege angelegt sind, die Benutzung derselben nicht bloss dem Wegberechtigten, sondern überhaupt jedem, welcher zu berechtigten Zwecken das dienende Grundstück vorübergehend benutzen will, offen steht.

b. Andere Wegrechte.

Grössere Aufmerksamkeit widmen die Statutarrechte jenen Wegen, die nicht als bleibende Anlagen gedacht sind, sondern entweder nur zu bestimmter Zeit oder zu einem bestimmten Zwecke benutzt werden sollen. Dazu gehören:

1. Der Winterfahrweg, welcher nur vom Herbst bis zum Frühling, dann aber, wenigstens soferne der Boden gefroren oder

¹) Vergleiche Protokoll des Neuner geschwornen Landgerichts: Bd. I pag. 201 vom Jahre 1617 (Betschart gegen seine Nachbarschaft am Oberdorfbach); Bd. II pag. 221 vom Jahre 1707 (Abegg gegen die Nachbarschaft auf dem Grossenstein); ferner Bd. II pag. 293 (1722); 455 (1742); 948 (1773); Bd. III pag. 71 (1792); 240 (1809); Bd. IV (vor gekauftem geschw. Gericht) pag. 55 (1817); 66 (1819); 79 (1828); 120 (1824); 164 (1828); 207 (1831); endlich neueren Datums vor Kantonsgericht: Genossame Gersau kontra Baggenstoos und Camenzind (1852); Mettler kontra Rüegg, Kantonsgerichtsprotokoll Bd. XVIII pag. 194 (vom Jahre 1873) und Bd. XXV pag. 108 (1892).

mit Schnee bedeckt ist, gewöhnlich jedermann offen stehen soll.¹⁾ Nur ausnahmsweise bestehen Winterwege, die nicht zu allgemeinem Gebrauche, sondern häufig nur gewissen benachbarten Gütern offen stehen.

Sofern vertraglich nichts anderes abgemacht, dauert das Winterwegrecht nach heute noch konstanter Übung im alten Lande Schwyz von Martini bis Mitte März. War ein Bedürfnis für ein Winterwegrecht vorhanden, so allegierte man gewöhnlich das citierte Landrecht lib. II fol. 7 und lib. II fol. 57 (siehe Kothing pag. 134 u. 171), wobei dann meist die Art und Weise der Benutzung genau fixiert

¹⁾ Wie über die öffentlichen Fahr- und Fusswege (siehe Kothing Rq. pag. 104 und 341) bestanden auch für solche Winterwege seit altem her sogen. Wegweisrödel. Vor allem sei hier erwähnt der Wegweisrödel des alten Landes Schwyz vom Jahre 1518, welcher zumeist auch ein Verzeichnis der öffentlichen Winterwege enthält.

Kothing, welcher auf Seite 6 der Rechtsquellen die Wegweisrödel der sechs Viertel des alten Landes d. d. 1578 nennt, kannte noch die Rödel des Alt-, Neu- und Nidwässer-Viertels. Gegenwärtig sind nur mehr die zwei erstern im Kantonsarchiv vorhanden. Der Nidwässer-Rödel dagegen scheint ganz verschollen zu sein.

Auffallen mag — um diese echt schwyzerische Institution hier einzuschalten — die Bezeichnung der *sechs Viertel*, welche im Verwaltungs- und Rechtswesen des alten Landes eine besondere Rolle gespielt haben. Das Land diesseits der Platten war von alters her in vier Teile — die sogen. Reichsviertel — eingeteilt, in das Muotathaler-, Nidwässer- und Altviertel. Diese Einteilung wurde der Reichssteuer zu Grunde gelegt, die jährlich viertelsweise bezogen wurde und sich auf 13 Pfund belief. Im Jahre 1269 kauften sich Steinen, Sattel, Biberegg und »Thurn« und Steinerberg los und bildeten erstlich den 5. »Viertel« in der Reichssteueranlage. Als bald wurde aber das Land doch wieder in 4 Viertel geteilt, nämlich in das ob dem Wasser-, nid dem Wasser-, Muotathaler-, Schwyzer- und Steiner-Viertel, das erstere gebildet aus dem Schwyzer- und Altviertel, das letztere aus den neu losgekauften Gemeinden. Nachdem im Jahre 1310 auch Arth dazugekommen und das grosse Obwasser-Viertel sich in Alt- und Neu-Viertel teilte, wurden die heutigen 6 Viertel gebildet, als: Arther-Viertel, Steiner-Viertel, Alt-Viertel, Neu-Viertel, Nidwässer-Viertel und Muotathaler-Viertel. Massgebend bei dieser Kreiseinteilung war die Territorialität d. h. in welchem Viertel einer damals wohnte, zu dem gehörte er auch von da ab. Deshalb kommen denn auch viele Geschlechter in verschiedenen Vierteln vor. Später konnte aber jemand wohnen, wo er wollte, er gehörte doch zu seinem frühern Viertel.

Jedes der 6 Viertel wählte seinen *Siebner* (auch eine schwyzer. Kuriosität, wie die 6 »Viertel«. die 6-Uhr Messe um 7 Uhr und der schwyzerische Ehrlenvogt im Muotathal), wohl deshalb Siebner genannt, weil sie als Viertels-Vorsteher mit dem Landammann die Häupter des »Septenas Columnas« des alten Landes bildeten. Die Rats Herrn wurden ebenfalls viertelsweise gewählt.

wurde.¹⁾ Doch scheint man auch in Gewährung des Winterwegrechtes nicht sehr weitherzig gewesen zu sein, da fast durchweg die meisten solcher Gesuche abschlägig beschieden wurden, indem das Bedürfnis nicht in entsprechendem Masse erwiesen werden konnte.²⁾ Es war darum die Schaffung solcher neuen Winterwege meist Gegenstand mündlichen Übereinkommens.³⁾

Ziemlich genau drückt sich das Landbuch des Bezirkes March vom Jahre 1756 aus, indem es in Art. 40 die Benutzung neuer Winterwegrechte nur ausnahmsweise gestattet, ferner die Zusage setzt, innert welcher man solche Wege benutzer allfälligen Schaden aufkommen zu müssen (siehe K. . . g. 127):

»Item es ist unser Landrecht, das ein Jeder den alten Winterweegen nach fahren solle undt nit allenthalben auffbrechen. Man soll auch die gewöhnliche Winterweeg mit Bruggen, Steeg undt Weg wohl auffheben, daß man mit Blockchwägen⁴⁾ undt Schlitten sicher fahren möge⁵⁾, auch solche Winterweg weder vergraben noch verackhern, sonderen offen lassen

¹⁾ Verleiche Urteil des Neuner geschwornen Landsgerichts vom Jahre 1831 in Bd. IV pag. 207: »Es wird gestützt auf Landrecht lib. II fol. 7 und lib. II fol. 57 das Wintermännrecht mit unbeschlagenen Schlitten von Martini bis Mitte März mit Streue und Holz gestattet, ebenso ein Sommerfussweg und den gleichen mit einem gefangenen Haupt Vieh gebrauchen zu können.«

Ähnlich neuntes Gerichtsprotokoll Bd. IV pag. 132 (1794); ebenso die Publikation des Landrates vom Jahre 1806 (siehe Protokoll Bd. 41 pag. 49): »Es sollen Winterwege nicht mit beschlagenen Wagen befahren werden«.

²⁾ Vergleiche Neuner geschwornes Landgericht Jahrgang 1803 pag. 195, Jahrgang 1814 pag. 287; ferner Kantonsgerichts-Protokoll Bd. XX pag. 286 (1879).

³⁾ Daher auch im Jahre 1809 (siehe Protokoll Bd. 47 pag. 166) folgende Publikation: »Der ordinare Samstags- oder Wochenrath ladet sämtliche Riedterbesitzer im Sägel und am Lauerzersee ein, über die schuldige und erforderliche Herstellung der Brücken und Winter-, Fuss- und Männwege zu *berathen*.«

⁴⁾ Der sog. *Blockwagen* ist speziell ein bis in die neuere Zeit im Gebrauch gestandenes Märchlerfahrzeug mit besonders breiten Radfelgen zum Transport von Holzblöcken, Mist und dgl. auf dem Lande.

⁵⁾ So hat das Bezirksgericht March durch ein Urteil vom Jahre 1884 dem M. Steinegger ein Winterfahrwegrecht zugestanden, da dessen eigene Liegenschaft vermöge der hügeligen Lage es verunmöglichte oder wenigstens ungemein erschwerte, daraufhin mit einem geladenen Schlitten zu fahren.

Vergleiche auch Bezirksgericht March vom Jahre 1876 (Dobler kontra Kessler); ebenso vom Jahre 1882 (A. Kistler kontra L. Kistler, Klage wegen eingeschlagenen Schwirren).

bey nün Pfundt Buöß; und sollen die Winterweeg von Martini bis Ingehendten Mertzen gebraucht, offen gelassen, alßdann beschlossen undt vermacht werdt, mit dieserem Beysatz, daß ins Künftig, wan Trämmel oldt ander Holtz biß in obgemeltem Termin nit weckhgefüehrt, dem Besitzer des Guets der schadten durch ein von Ammann undt Rath dahin verordneten geschetzt undt von dem eigenthumer des Holtzes abgetragen werdt undt darbey sein verbleiben haben soll.«

Aus Art. 93 ibid. (siehe Kothing pag. 147) ersieht man, dass die Winterweg nach Eingang des Monats März unbedingt nicht mehr befahren werden sollen, anderseits aber das Befahren derselben bei ungefrorenem Boden zu keiner Zeit vom Besitzer des Grundstückes geduldet werden muss:

»Item Alldieweylen unser gebrauch undt Uöbung ist, daß die Winterfahrweg mit eingang Mertzen vermacht werden; undt aber wegen anhaltendem strengem Wetter die Landtstraßen mit denen Kähren undt Wägen fast nit gebraucht werdt können, alß sollen die Besitzer der an der straß gelegenen güeteren, welche die straß sonst zu erhalten schuldig seindt, die Landtstraß zu brächen undt in brauchbaren Standt zu stellen schuldig seyn. Eine gleiche schuldtigkeit solle auch das Landt haben an den Jenigen Ohrten, alwo daß Landt die Landtstraßen zu erhalten schuldig ist. Vndt weylen sich auch begibt, daß zu Zeiten undt da der Bodten nit hart gefroren, man mit Kähren und Lästen die offene Winterweeg weder fahren mag noch darff, als sollen ermelte Besitzer der anstossendten güeteren gleicher gestalten die Straß zu brechen undt in brauchbaren Standt zue stellen schuldig seyn.«

In Hofrodel und Waldstattordnung von Einsiedeln vom Jahre 1702 Art. 91 (siehe Kothing Rq. pag. 211) ist die Zeit der Winterwege bestimmt von St. Othmars Tag (16. November) bis Mitte des Monats März,¹⁾ wobei zugleich die Entschädigungspflicht erwähnt wird:

¹⁾ Darum wurden oft auch Vorschriften und Publikationen erlassen über das Öffnen und Schliessen der sogen. Haggatter und Bleginen. Vergleiche z. B. Art. 245 Waldstattordnung (Kothing Rq. pag. 231); »Item es ist auch von den drei theilen aufgenommen vnd erleutheret, dass man kein porten oder Blegy soll auffthun vor St. Othmarstag«. Vergleiche auch Hofbüchlein von Pfäffikon Art. 30. (Siehe Kothing Rq. pag. 328.)

»Wan von St. Othmarß Tag bis miten mertzen vnd dieser Zeit das Erderreich ahber wäre, ob man die Winterweg brauchen möge, ist bey dem Art. einfeltig verbliben; so aber einer mit wägen muthwilliger weiß beschediget wurde, soll ihm das Recht gegen dem so ihn beschädiget offen seyn. Herbstgericht¹⁾ den 7. November 1677.«

Die kürzeste Zeit für das Winterfahrwegrecht schreibt das Hofbüchlein von Pfäffikon vom Jahr 1631 in Art. 30 (siehe Kothing Rq. pag. 328) vor, was wohl mit der etwas tiefern, schneefreieren Lage der Gegend zusammenhängt:

»Am Herpstgricht anno 1601 Ist vor einer Gmeindt zuo Mehr worden auf dem Gsellenhauß²⁾, daß man Vierzechen tag nach St. Marthinstag nit gwalt habe die Winther-Blegen vff ze thuon, eß sye dann sach, das es früh vmb Sanct Martinstag inschnye vnd den Güöttern kein Schaden thüe. Demnach so soll ein Jeder gwalt haben, vierzechen tag vor mitem Mertzen die Winterweg inzeschlachen³⁾, sowyt sich manglet. Vnd welcher darüber vffthet ohne des guotts inhaber wüßen vnd Willen, der verfalt ze buoß fünff pfundt Haller; vnd gehören drii den Hoflüthen und zwey pfundt dem Kleger.«

Zusatzweise wird dann noch betont, dass sofern die Landstrassen nicht in gehörigem Zustande seien, die sogen. Winter-Bleginen offen bleiben sollten:

»Wann dann die Hoflüth so ernstlich vmb bestetigung dißes Articuls haben gebeten, sich großen Schadens, So Ihr beschehe, erklagt vnd das sy solches ohne vffgesetzte Buoß nit mögen erhalten, Also haben Ihr Fürstl. Gnaden vnd vorgeschribne Herren vff Ihr bitten Ihn sollichen Articul bestetiget, doch mit dem lutheren vorbehalt, das allwegen die Hoflüth zeuor sollen die Landtstraßen besichtigen und verbeßern lassen, das ein Ehrlicher Bidermann mit synem Lyb und Guott ohne gfar Rythen vnd fahren möge; dann welcher Orthen das nit beschehe, das

¹⁾ Herbstgericht = Landsgemeinde. In Einsiedeln und in den Höfen versammelten sich die Hofleute zum Frühlings- und Herbstgericht, d. h. zur Hof- resp. Landsgemeinde.

²⁾ Das Rathaus in Pfäffikon.

³⁾ inzeschlachen = einzuhagen.

die Landtstraßen nit genuogsam verbeßeret weren, an selbigen Orthen sollen die Winther-Bleginen ohn ingeschlagen, sonder offen verblyben. Vnd wo Jemandts wegen der bößen Landtstraßen Schaden widerführe, Soll vmb sollichen Schaden gegen demjenigen, der selbige Straß ze machen schuldig, das Recht gehalten werden.«

Am weitgehendsten spricht sich der Hofrodel von Reichenburg vom Jahre 1536 in Art. 48 (siehe Kothing Rq. pag. 350) über das Benutzungsrecht eines Winterweges aus, wobei ebenfalls von allfälligem Schadenersatz die Rede ist:

»Item auch ist vnnßer Hoffrecht, dz ie einer den ander sol laßen faren, wo vnd wie eir dz nothdürfftig ist vom Sant martisthag hin bis zuo mittem mertzen; thätt aber eyner ein Schaden, so soll er inn eim abthragen nach biderben lüten erkanntniß.«

In einer spätern Recension wird zugleich noch die Benutzungsweise näher geregelt (siehe Kothing Rq. pag. 358):

»Den 13. August anno 1702 haben die Hofleuth an einer Hofsgemeindt den 48. Articul wegen Winterwegen mit einhelligem Mehr erleütheret, auf- und angenommen, wie folget:

»Also daß die ordinary und alle Zeit gebrauchte winterweg sollend zu eines Jederen Hoffmanns seiner Kumlichkeit von Martini bis mitten Mertzen offen stehn. Wann aber unter wehrender Zeit abern Boden wäre vnd einfiele, oder sonsten blut und Naß, daß einer den anderen schaden zufügte, soll ein Jeder der hohen Straßen, Allmeinden und des ohnschädlichsten fahrens und Mennens sich bedienen, Es wäre sach daß einer sich einer großen ohngelegne und ohnzimlichen umbwegs zu beklagen hätte. Was dan betrifft, so einer weeg Vonnöthen hätte, und er Keinen nachkommen Könnte, so hat man den Articul hierumben in seinen Kräfte Verbleiben lassen.«¹⁾

Wir hätten hier Anlass, näher auf die Verordnung über das Strassenwesen im Kanton Schwyz vom 28. April 1849 einzugehen.

¹⁾ In diesem Sinne wurde denn auch im Jahre 1867 der Genossame Reichenburg ein Winterwegrecht für die Abfuhr von Bauholz über die Mettler'sche Liegenschaft zugestanden. Siehe Kantonsgerichts-Protokoll Bd. XV pag. 168.

Wir können derselben aber keine grosse Bedeutung mehr zumessen, da einzelne ihrer wichtigsten Bestimmungen bereits durch die Verfassung vom Jahre 1876 durchbrochen, oder durch anderweitige Umstände überholt worden sind. Der Entwurf des Regierungsrates vom Jahre 1885 für eine neue Verordnung über das Strassenwesen ist vom Kantonsrate bis zur heutigen Stunde noch nicht behandelt worden. Über dieses Chaos von geltenden und nicht geltenden resp. unpraktischen alten Bestimmungen hinweg kann uns eine neue Verordnung erst dann führen, wenn einmal einheitliche grundlegende Normen über das Nachbarrecht gesetzlich niedergelegt sind. Wir werden indess nicht ermangeln, passenden Ortes auf einzelne einschlägige Bestimmungen der obgenannten Strassenverordnung v. J. 1849 hinzuweisen.

Fast durchweg herrscht heutzutage eine Abneigung gegen Ausdehnung der öffentlichen Winterwege, aus dem natürlichen Grunde, dass man jetzt das Land sorgfältiger bewirtschaftet als früher; daher auch jede Belästigung schwerer empfunden wird. Es werden deshalb in neuerer Zeit oft auf administrativem Wege¹⁾ solche altherkömmliche Winterwege abgerufen, indem sich der betreffende Grundbesitzer verpflichtet, einen andern Weg herzustellen, der für ihn selbst unschädlicher, für den allgemeinen Gebrauch aber mindestens ebenso bequem ist.²⁾

¹⁾ Nach Art. 104 litt. h der Kantonsverfassung von 1876 hat der Gemeinderat das Aufsichtsrecht über die öffentlichen Winterwege. Die Aufsicht über die zum öffentlichen Gebrauch bestimmten Fahr-, Fuss-, Winter- und Reistwege übte nach § 130 der 48er Kantonsverfassung der Bezirksrat aus. Die Strassenverordnung v. J. 1849 bestimmte in § 103: »Der Gebrauch der Winter- und Reistwege ist auf die Zeit von Martini bis Ende Februar eingeschränkt. An diesen Stellen darf kein Pflanzland aufgebrochen werden. Eine Ausnahme von diesen beiden Bestimmungen kann vom Bezirksrate da gestattet werden, wo es durch örtliche Verhältnisse notwendig wird.«

²⁾ Dieser jedenfalls richtigen Tendenz suchte auch das Kantonsgericht gerecht zu werden im Prozesse B. Schmidig in Oberschönenbuch, Kläger und Appellant kontra Schelbert in Oberschönenbuch. Die Anstösser und Interessenten hatten die sog. alte Gasse in Oberschönenbuch in einen fahrbaren Zustand erstellt, wodurch der daneben laufende allgemeine Winterweg überflüssig, thatsächlich auch nicht mehr benutzt und ins Grundbuch nicht mehr aufgenommen wurde. Kläger Schmidig, der ihn gleichwohl für sich beanspruchte, wurde auch in zweiter Instanz abgewiesen mit der Erwägung, dass einerseits von einem urkundlichen Recht und anderseits von einem erworbenen Recht infolge ununterbrochener Ausübung einer Servitut speziell von einem Wegrecht durch die beklagte Liegenschaft »Egg« nicht die Rede sein könne,

2. Der Tränkweg. Dieser begreift sowohl ein Recht auf Wasser als auch ein Wegrecht für das Vieh in sich. Es steht ebenfalls gesetzlich Jedem zu, der keine eigene Tränke in seinem Gute hat, mit Bezug auf das zunächst gelegene, ihm bequemste Wasser, nach welchem er sein Vieh auf dem kürzesten und unschädlichsten Wege treiben soll.

Das Landrecht von Gersau vom Jahre 1605, Fol. 42 (siehe Kothing Rp. pag. 91) sagt:

»Es soll Einer drencken von dem Dürnagel zum nechsten Wasser, das er han mag, da er lybs vnd guots sicher mag sin.«

Nach schwyzerischem Landrecht lib. II Art. 16, Satzung vom Jahre 1500 (siehe Kothing pag. 140) ist indessen dieses allgemeine Tränkwegrecht auf die Winterszeit (im Thale von Allerheiligen bis Ende März, in den Bergen von St. Gallentag bis Mitte Mai) beschränkt; auch sollte, wenn über die »Kommlichkeit« der Tränke zwischen demjenigen, der sie ansprach und dem Eigentümer des Grundstückes, zu dem sie gehört, verschiedene Meinungen walteten, der Rat biderbe und unparteiische Leute ernennen¹⁾, welche die Sache zu untersuchen und zu entscheiden hatten:

»ALLs man zallt nach Christus geburt fünffzechen Hundert Jar vor wienacht in Zallten tagen²⁾, do vnns an ein offne Lanntzgmeindt zusammen verkünt was, Sind wir in Einhellenklich übereinkommen, vnnd habent vff vnns genommen, Alls von der trenkinen wegen; dem ist also, Das allenthalben in vnßerm Lanndt einer den andern soll lassen trenken vom thürnagell über vnnd zu den kommlichsten nächsten stätten wasßer, es syg über das sin oder eines andern.

»Item vnnd soll angan Im boden am herbst zu aller Hellgen tag, vnnd soll vßsgan zu Ingendem abrellen, Es sy dann, das einer ützt bessers an dem andern gehalten mög.

zumal mit Rücksicht auf den neu geöffneten Weg die Notwendigkeit noch den alten Winterweg zu benutzen nicht vorhanden sei. Vergl. Kantonsgerichts-Urteil vom 11. Oktober 1894.

¹⁾ In solchen und ähnlichen Fällen wurden schon nach uraltem Gebrauch die ersten besten Landleute, die sich in der Nähe aufhielten von dem unter dem Rathausbogen stehenden Landweibel ins Gericht berufen, um über Recht und Gewohnheit Zeugnis abzulegen. (Vergl. Blumer, Bd. I pag. 294.)

²⁾ »Gezählt Tage«, d. h. die Quatembertage in der Woche vor Weihnachten.

»Item vnnd ob mittem berg soll die trenky angan zu Sannt gallen tag vnnd ußgan zu mittem Meyen, Es beuinde dann einer onch ützt bessers an dem andern.

»Item vnnd vff dem gmeinwerk soll man einen lasßen trenken, so lang das Gmeinwerk wertt.

»Ittem vnnd ob dann einer vff dem sinen komlich vnnd gut wasßer hette, das soll er bruchen vnnd niemantz keinen schaden zufügen, dieweil er selb wasßer hatt. Vnnd ob dann einer vermeinte, das ein wasßer komlich vnnd gut wery, vnnd der ander nitt, So söllent ein ammann vnnd die Rätte biderb vnparthyig lüt darzu schiben, die besechent, ob das wasßer, dorum sy stöß¹⁾ handt, komlich vnnd gut sy oder nidtt.

Von den übrigen Statutarrechten erwähnt nur noch das Waldstattbuch von Einsiedeln vom Jahre 1572 in Art. 77 (siehe Kothing Rq. pag. 182) das Tränkewegrecht, woselbst es gestattet wird von St. Othmarstag bis Mitte April; nachher soll man auf Allmeindboden fahren bis Wasser zu finden ist:

»Ouch soll ein Jettlicher dem andern durch syne heg frid geben von mittem merzen bis Sant Othmarstag. Vnnd ob darüber einer dem andern syne heg vfftät, oder dardurch brech, vnnd durch die gütter füre, die frid haben söllten, So dick vnnd oft das beschicht, Ist von einem Jettlichen haupt besonder dry schilling ze buoß verfallen. Doch ob einer Inn synem guott nitt trencki hett, Mag er durch eins andern trenken bis ze Mittem Apprellen, barnach nitt mer, Sonder soll vff die allmeind vahen bis er wasser findt.«

Aus neuern kantonsgerichtlichen Urteilen geht hervor:

1. Das Tränkrecht gewährt nur Anspruch auf das dem Eigentümer der Quelle entbehrliche Wasser.²⁾

¹⁾ stössig = uneinig.

²⁾ Dem Besitzer des Heimwesens »Breitlöchli« in Unterschönenbuch wurde auf freiwilliges Anerbieten der Hälfte der Unterhaltungskosten des Brunnens im »Radhels« und Entschädigung des allfälligen durch die Benutzung des Tränkeweges verursachten Schadens ein Tränkewegrecht zugestanden hauptsächlich mit der Erwägung:

1. Dass zwar die vom Beklagten angewiesene Moosquelle in gerader Linie vom Stall des Besitzers des »Breitlöchli« weniger entfernt liegt, als die Quelle im »Radhels«, diese nächste gerade Linie aber wegen der abschüssigen Lage mit

2. Aus dem Tränkrecht kann kein für sich bestehendes Fusswegrecht oder dergleichen gefolgert werden.¹⁾
3. Dagegen wurde die Berechtigung, auf dem geeignetsten Weg zum Tränkwasser zu gelangen, gemäss Landrecht stets anerkannt.
4. Jeder muss sich aber die Anweisung eines andern ebenso bequemen für den Eigentümer unschädlichen Tränkweges gefallen lassen.²⁾

3. Der Reistweg. In jenen Landesgegenden, wo sich das gefällte Holz vermöge der steilen Lage der Wälder nur durch sog. »Riesenen« oder »Holzzüge« ins Thal hinunter befördern lässt, bildete sich das Reistwegrecht aus.

Das Landbuch von Schwyz führt dieses Reistwegrecht an in einem Artikel vom Jahre 1530 in lib. II fol. 57 al. 3 u. ff. (siehe Kothing Landbuch pag. 171):

»Anno domini 1530 vff Sannt Martis tag vff der tantztily³⁾
An einer offenen Lanndtzgemeindt Hand vnser gemeinen Lanndtlütt gesetzt als von den holtzzügen wegen, Namlich das man die Bruchen söll, wie von alter har. Ob aber yemantz vermeint, dero beschwert zu sin, der mag das Recht dorum bruchen.

»Es soll ouch ein yetlicher, so holtz von wälden vnd vß den Bergen vertigen will, faren vff den nächsten vnd gelegnosten

Vieh nicht befahren werden kann und das Landrecht eine gesetzliche Tränkservitut zum nächsten »kommlichsten« Wasser konstituiert;

2. dass ein landrechtmässiges Tränkrecht den Eigentümer einer Quelle in der Benutzung in keiner Weise beeinträchtigen, vielmehr das Tränkerecht nur Anspruch auf das dem Eigentümer entbehrliche Wasser gewähren kann. Vergl. Kantonsgerichtsprotokoll Bd. XXII pag. 160 vom Jahre 1884.

¹⁾ Die Berechtigung des Gebrauchs des Tränkeweges ist eine an und für sich beschränkte und nur zu einem bestimmtem Zweck dienende, und kann unmöglich ein weiterzielendes, dem allgemeinen Gebrauch geöffnetes Wegrecht, also auch nicht das vom Kläger prätendierte einfache d. h. vom Viehtränken abgelöste Fusswegrecht in sich schliessen. Vergl. Kantonsgerichtsprotokoll Bd. XX pag. 187 vom Jahr 1878.

²⁾ Im Prozesse Mettler kontra Aufdermauer und Appert wurde durch die Grosszahl der Zeugen dargethan und festgestellt, dass der gegenwärtige Weg zum Tränken und zur sonstigen Benutzung des Wassers ebenso bequem, wenn nicht noch bequemer und schöner sei wie früher; daher auch das Urteil des Bezirksgerichts Schwyz vom Kantonsgericht gutgeheissen wurde (24. Januar 1885).

³⁾ Ehemaliger öffentlicher Tanzplatz im Rathaus in Schwyz, im Parterre-Stock, jetzt Estrich und Büreaulokale.

Holtzzug vnd nit darüber noch darus mennen, Sunder strags demselben zug Nach zu boden farn.

»Item Es erfint sich auch ein Allt Lanndtrecht sin: Wellicher holtz howen thut vff der Allmein, vnd das nit vffmacht vnnnd zusammen huffett, Sunder laßt das ligen zwen Sannt Martis tag; Alldann so mag mengklich, So des begern oder manglent, darfarn vnd das holtz vffmachen vnd dannen fürren vnd zu sinem nutz bruchen, Anu des andern, so das ghuwen, hindern noch widerren.«

Darnach sollen vor allem die schon bestehenden und zwar die nächsten und gelegensten Holzzüge benutzt werden. Nebstdem ist bestimmt, dass das über Sommer gefällte Holz erst von St. Martinstag an gereistet werden soll.

Da die gleichen nähern Bestimmungen für das Reisten wohl nicht für jede Gegend passend sein konnten, so war der Landrat oft genötigt hierüber Publikationen zu erlassen, die das Reisten örtlich beschränken¹⁾, zur Stellung eines Wächters verpflichten²⁾, das Wegführen des gereisteten Holzes unter Busse anbefehlen³⁾ oder endlich die Pflicht aussprechen, die durch Reisten beschädigten Strassen u. drgl. wieder auszubessern⁴⁾.

¹⁾ Vergleiche Landratsprotokoll vom Jahre 1825 pag. 68: »Auf Illgau und im Muotathal soll publiziert werden, dass bei einer Dubl. auf jedesmaliges Vergehen verboten seyn solle, durch die Strasse beim Klausen hinunter Holtz zu reisten.«

Landratsprotokoll vom Jahre 1828, pag. 163: »In der Gemeinde Ingenbohl soll ausgekündet werden, dass am Urmiberg oben durch die Züge kein Holz gezogen oder gereistet werden solle, bis die untern fertig sind, und zwar bei 2 Nthlr. Buss.« Mit Rücksicht auf anliegende Grundstücke erliess der Regierungsrat im Jahre 1876 ein Verbot, an solchen Stellen zu reisten, wo allzuviel Schaden zugefügt wird.

²⁾ Vgl. Landratsprotokoll vom Jahre 1828, pag. 259: »Wegen Reisten und Wächterstellen an öffentlichen Landstrassen solle die alte Publication allgemein ergehen und für den Laidter 1 Ldr. festgesetzt seyn — mit dem Ansuchen an *Gersau*, dass Sie eine ähnliche Publication möchten weggehen lassen.

³⁾ Landratsprotokoll vom Jahre 1846, pag. 239: »Es solle in Arth, Ingenbohl, Steinen, Sattel, Rothenthurm und Lauerz ausgekündet werden, dass bei 1 Dubl. Buss verbothen sey, Holtz auf Strassen länger als 2 mal 24 Stunden liegen zu lassen, bey welch gleicher Busse auch das Aufscheiten von Holtz auf Strassen verbothen sein soll.«

Landratsprotokoll vom Jahre 1829, pag. 53, und vom Jahre 1833, pag. 127: »Es solle eine Publication nach altem Mandat erlassen werden, alles Holz aus den Strassen in Zeit von 14 Tagen zu entfernen, sonst werde es von Hrn. Landessäckelmeister zu Handen genommen werden.«

⁴⁾ Landratsprotokoll vom Jahre 1845, pag. 9: »Es sollen diejenigen, welche

Einzelne Statutarrechte haben hierüber sogar spezielle gesetzliche Vorschriften aufgestellt; so heisst es im Artikelbuch von Gersau vom Jahre 1751 im elften Punkt Abs. 5 (siehe Kothing Rq. pag. 103):

»Es sollen auch keine Straßen verwüstet werden weder mit schönen noch mit holzen. So Etwer wäre und Holz über eine offene Landstraß über Nacht liegen liesse ohne erhebliche Ursach, so mag der Herr Säckelmeister solches Holz zu hande nehmen und für die Landstrassen anwenden.«

Das Gebot, einen Wächter zur Sicherheit während des Reistens aufzustellen hat in ausführlicher Weise das Landbuch des Bezirkes March in Art. 98 aufgenommen (siehe Kothing Rq. pag. 149):

»Wehr an denen gewöhnlichen Landstrassen und Weegen in Reistzügen reisten will, solle zu jedermanns sicherheit bey 50 Cronen Buof undt Abtrag einen Wächter zu stellen schuldigt seyn; undt wann einer auch an anderen gewöhnlichen reistzügen reisten wurdte, soll ein solcher mit rueffen alle Sorgfalt brauchen, daß Niemandt dadurch geschediget werdte.«

Ebenso das Landbuch von Küssnacht in § 44 (siehe Kothing Rq. pag. 286), welches nebstem die Beschaffenheit des zu reistenden Holzes vorschreibt:

»Deß Holtzreistens halber ist gesetzt, daß niemand (daß Bauholtz außgenommen) längeres Holtz alß zwey scheiter langes reisten und was mehr alß zwei schuh dickh, gespaltet werden solle; und sollen diejnige, so an den Landstraßen Holtz reisten wolten, schuldig seyn ein Wächter in die Strass zu stellen, damit kein unglückh begegne.«

Am 8. November 1871 erliess der h. Kantonsrat eine Verordnung über Sicherung der Strassen, Fuss- und Fahrwege und des Verkehrs auf denselben, welche in § 2 folgendermassen lautet¹⁾:

»Wer gegen eine Strasse oder gegen einen Fuss- oder Fahrweg reisten will, hat die nötigen Wächter anzustellen, um

Holz reisten, bey 2 Krthlr. Busse gehalten seyn, die durch Reisten beschädigten Strassen Grundstücke etc. wieder zu verbessern und von Steinen sofort wieder zu reinigen, ansonsten solches auf Kosten der Fehlbaren erstellt und auch die Strafe auf ihnen eingezogen werden solle.«

¹⁾ Siehe Bd. II der Gesetzessammlung, pag. 301.

sowohl die Passanten rechtzeitig zu warnen, als um mit den Arbeitern oberhalb der Strasse behufs unschädlicher Verrichtung der Arbeit die nötige Mittheilung zu unterhalten.«¹⁾

Dagegen fehlen genauere privatrechtliche Normen in Bezug auf Entschädigung wegen Reistschaden, welchem die benachbarten Grundstücke ausgesetzt sind. Die meisten Statutarrechte schweigen hierüber und zwar wohl aus dem Grunde, weil das an solche Reistzüge angrenzende Gebiet meist Allmeindgut war. Ein sprechendes Beleg aber, dass ein Schadenersatz für derartigen Reistschaden wirklich anerkannt wurde, bildet das Landbuch von Gersau vom Jahre 1605, Fol. 38 (siehe Kothing Rq. pag. 89), wo folgendes angeführt wird:

»Es ist ouch gesetzt vnnd geornett, wo einer dem andern durch sin Guott holtzetty, fiert oder mendt vnd Im da Schaden thuodt, Es wer an Muren oder Heggn, soll er Ims widere machen als guot, als es vor jst gsin, wo aber er jm Schaden thette an Böumen oder Reben, so soll er Im das widerkerren nach gstat der sach. Wo aber Einer Ein Schaden thetti, Es wer mit Holz oder Steinen, an seinem Feech oder Zimer, so sols er Im ablegen, ouch nach Billigkeit.«

In Übereinstimmung mit der schon von jeher waltenden Rechtspraxis²⁾ hat denn auch die oben citierte Verordnung vom Jahre 1871 in § 5 folgendes festgesetzt:

»Wenn durch Reisten, Steinbrechen etc. Personen, Strassen oder Privateigenthum geschädiget werden, so ist der Betrag der Entschädigung, sofern keine Verständigung erzielt wurde, civilgerichtlich festzusetzen. Wo aber die Voraussetzung des § 33 des Kriminalstrafgesetzes zutrifft, tritt letzteres in Anwendung.«

¹⁾ Die Strassenverordnung v. J. 1849 enthält dagegen in § 104 Absatz 2 die Bestimmung; »Wo immer möglich sollen auch die Reistwege vom Bezirksrate geschlossen, oder deren Gebrauch auf möglichst kurze Zeit beschränkt werden, wenn sie für Hauptstrassen, Gemeindestrassen oder Fahrwege nachtheilig oder gefährlich sind.«

²⁾ Das neuntgeschworne Landgericht vom Jahre 1744 »erkennt, dass ein jeweiliger Besitzer der obern Säge die trämmel führen vnndt trölen mag durch mehrbelmes Katzenloch wie bis dahin; so aber die Besitzer geschädiget würdten, Jener den Schaden nach Gebühr abzutragen schuldigt syn solle«. Vgl. Prot. Bd. II, pag. 169.

Ein Entscheid des Regierungsrates vom Jahre 1891 macht schliesslich auf die allgemeine schwyzerische Rechtsübung aufmerksam, dass das Holz überall, wo dessen Fuhr möglich ist, nicht gereistet werden darf,¹⁾ darum auch die kant. Vollziehungsverordnung zum eidg. Forstgesetz vom 1. Dezember 1876 in Art. 46²⁾ die entsprechende Tendenz in sich trägt, behufs richtiger und möglichst schadloser Beförderung von Holz die Anlage von Waldwegen, insoweit solches ohne verhältnismässig grosse Kosten möglich ist, geradezu anzubefehlen:

»Der Holztransport durch natürliche Riesen ist überall da zu verlassen, wo Waldwege ohne verhältnissmässig grosse Kosten angelegt werden können.

Diejenigen, welche Reistzüge benutzen, haben während des Reistens zur Sicherheit für Menschen und Vieh auf ihre eigene Verantwortlichkeit durch Aufstellung der nötigen Wachen zu sorgen.³⁾

4. Der Reckweg oder Leinpfad. Gemeinrechtlich müssen die Eigentümer des Ufers eines öffentlichen Flusses denen, welche ihn für Fischerei oder Schifffahrt benützen wollen, solches dadurch ermöglichen, dass sie ihnen den sog. Leinpfad oder Reckweg gestatten.⁴⁾ Bei uns kommt die sog. Reckerei vor und zwar beim Linthkanal. Allein die Schifffahrt daselbst und die dazu be-

¹⁾ Die regierungsrätliche Instanz hielt denn auch im Falle Oberallmeind-Verwaltung Schwyz kontra X. Heinzer im Boden auf Illgau, welcher beabsichtigte, das in seiner Waldung auf der »Winterseite« geschlagene Holz durch die der Allmeind zugehörige Illgauerfluhwand hinabzureisten, die Verfügung des Bezirksamtes Schwyz aufrecht, da das Landrecht von 1530, welches massgebend sei, bestimme, dass das Holz von Wäldern und aus den Bergen auf den nächsten und gelegensten Holzzug und nicht darüber, noch daraus gemännt werden darf, sondern straks denselben Zug nach zu Boden gefahren werden müssen.

Übrigens bestimmt auch die Strassenverordnng v. J. 1849 in § 104 Absatz 1: Da wo das Holz durch Bergstrassen oder Fahrwege geführt werden kann, soll der Bezirksrat auf Verlangen pflichtiger Güterbesitzer und auf Bericht des Gemeinderates den Gebrauch von Reistzügen untersagen.

²⁾ Siehe Gesetzessammlung Bd. II, pag. 539.

³⁾ Demnach analog den frühern Bestimmungen der Statutarrechte und Ratspublikationen, vgl. Seite 24.

⁴⁾ Vgl. Dernburg I § 256, und Gengler, Lehrb. des deutschen Priv.-Rechtes, Seite 256.

nötigten Reckwege stehen seit der Linthkorrektion vom Jahre 1817 im öffentlichen Rechte und daher gegenwärtig unter der Aufsicht der eidg. Linthkommission,¹⁾ so daß hier keine privatrechtliche Gesichtspunkte mehr in Frage kommen.

5. Die Brachwege. Diese sind Überbleibsel der ehemaligen Dreifelderwirtschaft und bestehen noch in sämtlichen Genossengütern von Einsiedeln und den sog. »Gängen« der Allmeindgärten namentlich im Bezirk Schwyz. Sie dienen als Zugänge für bestimmte Kulturarbeiten und zur Einheimsung der verschiedenen Produkte ab den Allmeindgütern, wie z. B. Kartoffeln, Heu u. dgl. Die einer solchen Servitut unterliegenden Wege werden als abgesonderte Allmeindteile jährlich vergantet, da sie als Wiesland oft noch reichen Ertrag abwerfen. Durch Mehrheitsbeschluss an den Korporationsgemeinden, oder auch nur durch die Genossenverwaltungen können zur Neuanlage solcher Wege Besitzer von Genossenland gezwungen werden, das nötige Land abzutreten gegen eine billige Entschädigung, welche von der Korporations-Verwaltung festgesetzt wird.

Wie bereits aus einzelnen Gerichtsurteilen ersichtlich, wird die reiche Casuistik in Bezug auf Wegrechte nicht überall von unsern Rechtsquellen unterstützt. Da vorliegende Darstellung nicht bezweckt, de lege ferenda vorzugreifen, so wird es genügen noch auf einzelne bereits vorgekommene grundsätzliche Urteile über Wegrechte, insoweit man sie noch in den Rahmen des Nachbarrechtes fassen kann, aufmerksam zu machen.

- a. Einmal sehen wir vom Kantonsgericht Schwyz den wichtigen Grundsatz ausgesprochen, dass sich der Eigentümer des dienenden Grundstückes eine Vermehrung der Beschwerde, welche durch veränderte, ungewöhnliche Benutzungsweise des herrschenden Grundstückes hervorgerufen wird, nicht gefallen lassen muss;²⁾

¹⁾ Vgl. Linth-Schiffahrts- und Reckordnung vom 12. Januar 1865 in Bd. VI, pag. 319, der alten Gesetzessammlung; ferner Abänderung derselben vom 16. März 1874 in Bd. VII, pag. 185 der alten Gesetzessammlung.

²⁾ Die Berg- und Seeboden-Allmeindverwaltung zu Küssnacht verlangte von der Unterallmeindkorporation Arth zu einem in der Nähe der Rigikulm neu errichteten »Hundezwingers« ein unbedingtes Zugangsrecht. Sie wurde vom Kantonsgericht abgewiesen mit folgender Erwägung:

- b. zum andern wird zugegeben, dass überall da, wo ein gesteigertes Bedürfnis nur infolge veränderter Bewirtschaftungsweise des benachbarten Grundstückes entstanden ist, der bereits belastete Eigentümer diese Erweiterung zuzulassen hat, sofern jener auf eigene Kosten die zur Schonung des Weges nötigen Vorkehren trifft¹⁾ oder in erheblichen Fällen volle Entschädigung anbietet²⁾.

-
1. Ein absolutes Bedürfnis für den verlangten Notweg auf das »Alphonsenplänggli« (Stelle des errichteten Hundezwingers) bestehe nicht, denn einerseits sei der natürliche Wirtschaftsertrag des Grundstückes als Wildeheuplangg ganz unbedeutend und anderseits sei nachgewiesen worden, dass durch das mit ihm direkt zusammenhängende übrige Gebiet der Korporation Berg und Seeboden für Wildheuer schon ein Zu- und Weggang besteht, der mit geringen Kosten allgemein zugänglich gemacht werden kann.
 2. Das Alphonsenplänggli sei nur zeitweise als solches benutzt und bewirtschaftet worden. Wenn nun Klägerschaft die bisherige Benutzung und Bewirtschaftung dieser Landparzelle ändern und sie zu industriellen Zwecken des Fremdenverkehrs nutzbar machen will, so sei das allerdings ihre Sache; allein ein Notweg hiefür könne sie infolge Abänderung der bisherigen Benutzungsweise nicht verlangen, um so weniger, da dies infolge Schaffung von Konkurrenz eine Beschränkung des bisherigen freien Grundstückes der Unterallmeind bedeuten würde, welche mit Rücksicht auf die gegenwärtige Benutzung des Unterallmeindgebietes auf Rigikulm leicht in keinem Verhältniss stehen könnte mit dem für das herrschende Grundstück erwachsenen Nutzen. Urteil vom 8. Juli 1895.

Dieser Entscheid hat den richtigen Grundsatz im Auge, dass für ein Notwegrecht nicht das persönliche Interesse, sondern das wirtschaftliche Bedürfnis eines Grundstückes massgebend ist.

¹⁾ Einem Landgutbesitzer wurde gestattet, den bisherigen Weg auch für ungefangenes Vieh benutzen zu dürfen, sofern er sich zur Hagerstellung auf Seite des nachbarlichen Grundstückes verpflichtete. Vergl. Urteil vom Jahre 1884 Bd. XXII pag. 130.

²⁾ Neuntgeschw. Landgericht vom Jahr 1824: »Statt des Wintermännweges für Streue wird auch ein analoges Wegrecht für Heu gegen Entschädigung erlaubt« (siehe Protokoll Bd. IV pag. 126).

Vergleiche ferner Urteil des Kantonsgerichts vom Jahre 1862 im Prozess Theiler kontra Litschi im Rütibüel bei Wollerau: »Dem Th. wurde unter Vorbehalt einer bestimmten Entschädigung entgegen dem Entscheid des Bezirksgerichts Höfe gestattet, den vom Roosbachbrücklein durch des Appellaten Güterteile führenden 4 Fuss breiten Fussweg künftig auch befahren zu dürfen, besonders in der Erwägung, dass (dazumal) eine andere Zu- und Abfuhr mit landwirtschaftlichen Produkten und Bedürfnissen von und nach Wollerau nicht existiert, dass vom Hause des Appellanten gegen die neue Freienbacherstrasse eine Steigung ist, die nur mit erheblicher Erdbewegung zum Gebrauch von Räderfuhrwerken ausgeglichen werden könnte.«

- c. zum dritten darf der belastete Eigentümer die Verlegung einer Wegservitut auf eine andere Stelle vornehmen, insoweit solches ohne Nachteil für den Wegberechtigten geschehen kann. Vergleiche pag. 22.

*

Es dürfte nicht unpassend sein, hier noch einiges über die Wegunterhaltungspflicht in ihrer historischen Grundlage zu erwähnen. Es ist dies eine Pflicht, die in ältern Zeiten fast ausschliesslich den Anstössern überbunden wurde, allerdings meist auf vertraglichem Wege und gegen eine gewisse Entschädigung. Über die meisten damaligen Wege in Innerschwyz sind die nähern diesbezüglichen vertraglichen Bestimmungen angeführt im Landbuch von Schwyz, welches denn auch bei lib. IV folgende Aufschrift trägt: »Das vierde teyll dis Buchs Hallt Inn, was besunder lüt antrifft, Alls vm wäg, stäg vnnd strassen vnnd vm allmy, vnnd sunst ettwas, wie das Register zugibt«,

So enthält es eine Anzahl von Verfügungen des Landrates, durch welche namentlich kleine Allmeindplätze, auf denen nur unfruchtbares Gesträuch wuchs, den Anstössern überlassen wurde gegen die Verpflichtung, einen Weg, einen Steg oder auch einen Hag zu unterhalten¹⁾. Auch enthält es Urteile mit der Auflage, dass der Betreffende »den wäg offen lassen vnnd gattern Hencken vnnd wägen vnnd stägen solle, wie das Landrecht zugibt²⁾, oder mit der Auflage »einen Steg zuo machen den er zuo Erhalten schuldig seie; Jedoch daß nothwendige Holtz hierzu, waß eß sey, Ihnen durch Ein bahnwalter auß den bahnwäldern hierzuo verzeigt werden solle.«³⁾

¹⁾ Vergleiche S. Ldr. Kothing pag. 225, 227, 228, 253, 259, 260; ähnlich pag. 236, 238; vergleiche ferner pag. 47 (Einfriedung).

²⁾ Kothing pag. 242, 246, 247.

³⁾ Kothing pag. 248.

Unter der Herrschaft des Grundsatzes: »die Allmeind gehört dem Land, den Landleuten«, waren früher Veräusserungen von Allmeindland an Landleute ebenso häufig, wie billig. Der sog. Unterbann auf der Altmatt, der nachgerade ein Vermögen repräsentierte, fand gegen die Verpflichtung des Einhagens keinen Abnehmer. In den von Allmeindgebiet begrenzten Gemeinden, wie Iberg, Alpthal, Muotathal und Rothen-thurm stehen dermalen nicht blos Alphütten, sondern auch Wohnhäuser mit und ohne Hausgärten auf Allmeindboden und zahlen jährlich einen Bodenzins von nur einigen Batzen mit erstem Satz. Der Bestimmung des Landbuches (S. 185), dass darauf keine

Solche Bestimmungen wie sie das Landbuch infolge der eigentümlichen Verhältnisse der Allmeind zum alten Land Schwyz enthält, finden sich in den andern Statutarrechten nicht. Dagegen verzeichnen sie ausführliche Vorschriften über Art und Weise wie die Wegpflicht unter die Anstösser verteilt wurde. So lautet ein »Ratserkenntnis« vom Jahre 1701 (s. Kothing Landbuch pag. 253):

»Heut den 19ten tag aprilis 1701 haben vnser Gnedig Herren vnnd oberen, Lantammann vnd Rhat, erkhänt, daß alle die Jenige, denen gärten¹⁾ näbet des Geörg Chari Peters Matten gegäben werden, so weit ideß gärten gehet vnd Langet, ein Tansch vnd die Lantstraß mit einandern jeder pro rata machen vnd für alle Zeiten erhalten solle.«

Ebenso die Bestimmung in einem Abkommen (siehe Kothing pag. 234):

»Das sy mügen den selben weg woll vff die gütter teilen,

Hypotheken errichtet werden, ist später — wie die Kapitalbereinigung zeigt — freilich nicht mehr nachgekommen worden.

Ähnlich verhält es sich auch mit dem speziell der schwyz. Oberallmeind bekannten Begriff des »Gemeinmarktes«, der gemeinen Mark (Allmeind), d.h. des nicht ins Sondereigentum überangenen Landes. Solches wurde vielfach an Oberallmeindgenossen abgegeben gegen einen bestimmten Aufschlag oder Bodenzins, früher von 5 Pfund, seit 1608 von 6 Pfund, auf St. Johannstag fällig und mit erstem Satz, sowie gegen die Bedingung des Einhagens (siehe oben Unterbann). Der Gemeinmarkt-Zinsertrag wurde dann unter die 5 Viertel der »obern Allmendt« (Oberallmeind im Gegensatz zur Unterallmeind des Artherviertels) gleichmässig verteilt.

Dass auch die sog. »Gassenallmeind«, welche früher auf beiden Allmeinden vorkam, heute aber nur mehr der Unterallmeind bekannt ist (sie besteht hauptsächlich in einem zwischen See und Strasse liegenden Streifen Land vom »Turm« am Schattenberg bis zum Tannenkäppeli am Sonnenberg), besonders den Dorfbewohnern und Anstössern dienstbar war, ist selbst verständlich, so zwar, dass mit der Zeit aus der immerwährenden Benützung sogar Eigentumsansprüche darauf gerichtlich — wenn auch meist erfolglos — geltend gemacht wurden. (Vgl. Kantonsgerichtsprotokoll von 1890, S. 86.)

Über die Vergebung von Pflanzland (Gärten) auf der Allmeind an einzelne Genossen verordnete schon eine alte Satzung Gersau's vom Jahre 1436 (siehe Geschichtsfreund VII 146): »Das einer mag machen vff der allmend einen garten sibend klafter wit, also mit dem gedinge, das er weder stäge noch wege irre, vnd er vnd sine kind das mugend han, als als lang er oder sy denn wend; vnnd wenne sy sin nitt me envend so soll der garten den Kilchgenossen wider kert werden.«

¹⁾ Ein Stück Allmeindgut vergleiche Seite 52.

alls denn bescheidenlich ist nach dem, als jedermann gutt hat an geuerde.«

Landrechtlich wird die Wegpflicht geregelt im Landbuch von Gersau vom Jahre 1605 fol. 41 (siehe Kothing Rq. pag. 90), wonach die Besitzer der anstossenden Grundstück unterhaltungspflichtig sind, zudem wird bemerkt, dass im Säumnisfall das betreffende Gut dafür hafte:

»Item, wir hand ouch gesetzt vnnd geornett, wo Landstrassen gand, oder Alpweg, geng vnd geb Fuoßweg, so sönd dieselbigen Güetter oder Höltzer, des das Eigen ist, die strassen behan vnnd erhalten je jrem Costen, vnd wo sy dass nit täten, so soll man sy das heissen, vnd darnach bieten, wo sy nit ghorsam werend vnd das machtend, des genuogsam duechte¹⁾).

»Wo aber Einer vssert dem Landt an söllichen Orten Güetter hatte und dissem Obgemeltem bott nit gehorsam welte sin, so mögen die Kilchgnossen vs sinem guott das verschaffen.«

Ähnlich das Landbuch von Küssnacht vom Jahre 1769 § 43 nebst Bestimmung bezüglich Wegen auf Allmeindgut (siehe Kothing Rq. pag. 285):

»Item ist gesetzt, daß die Anstößer gegen einander wie bis dato die weeg vnd strassen fürbaß einander helffen machen und in brauchbaren behörigem standt mit einander unterhalten sollen, Es wäre dān sach, daß Einer oder der andere durch besondere Beding, die er dafür aufweisen könnte, dessen gelediget wäre.

»Waß die weg und strassen über die allmeinden betrifft, solle die allmeind fürbaß solche zu machen und zu unterhalten schuldig seyn.«

Endlich das Landbuch des Bezirkes March vom Jahre 1756 (Kothing Rq. pag. 150), wo ein hiezu bestellter Wegmeister das Recht hatte, die Wege auf Kosten der Säumenden herstellen zu lassen:

»Item ist unser Landrecht, das man in Jeglichem Kirchgang zwey Mann verordnen selle, die sollendt dann bey Ihren geschwohrnen Eydtten einen Jeden heissen wägen, wo es die Notdurfft erfordert undt ein Jeder nach dem seinigen zu machen

¹⁾ Vergleiche Artikelbuch vom Jahre 1751 (Kothing Rq. pag. 103).

hat; es solle Ihme aber eine mögliche Zeit darzu, seye es vierzehnen Täg oldt mehreres, angesetzt undt soll dann von Jedermann in diser Zeit gemacht werdten, bey 20 Batzen Buoß. Sofern auch einer es nit thäte, so mögen die Weeg-Meister den Weeg verdingen zu machen oder die studen außzuhauwen, welchen dann der anstosser den Lohn bezahlen soll, es wüsse dann einer mit dem Rechten sich zu wehren. Wann auch die Wäg-Meister solchen nit ernstlich nachgiengen, solle auch Einer in zwanzig Batzen Buoß verfallen seyn.«

Die den einzelnen Anstössern obliegende Last, die Wege und Strassen selbst zu unterhalten resp. solche auf eigene Kosten herzustellen, ist thatsächlich dadurch sehr wesentlich vermindert, dass nunmehr kraft öffentlichen Rechtes die Erstellung und der Unterhalt bestimmter Strassen Sache des Kantons, der Bezirke oder Gemeinden ist.¹⁾ Dem Staate steht nach einem Gesetz vom 5. März 1871 einerseits ein Expropriationsrecht zu, um die zur Vermittlung des öffentlichen Verkehrs erforderlichen Strassen anzulegen,²⁾ anderseits haben die Gemeinden das nötige Aufsichtsrecht über die Weg-, Steg- und Brückenbaupflicht.³⁾

Die Erstellung und Instandhaltung der innerhalb einer Gemeindemarchung erforderlichen öffentlichen Verkehrswege liegt den

¹⁾ Vgl. Kantonsverfassung v. J. 1876 Art. 48, lit. e; ferner Verordnung vom 28. April 1849 betr. die Übernahme der Strassen von Seite des Kantons und der Gemeinden, sowie die daherigen Entschädigungen. (Gesetzessammlung Bd. II, pag. 296 u. ff.)

²⁾ Der § 1, litt. a, lautet: »Jeder Grundeigentümer ist pflichtig, dem Kanton, den Bezirken und den Gemeinden den erforderlichen Grund und Boden, sowie Gebäude und Bäume abzutreten zur Anlegung oder zur Korrektion und Verbreiterung schon bestehender Strassen, sowie für Fahr- und Fusswege, welche infolge der Anlegung oder Korrektion von Strassen nötig werden.« (Siehe Gesetzessammlung Bd. II, pag. 377.) Vgl. auch Kantonsverfassung v. J. 1848, welche in § 20 das Expropriationsrecht auch auf Kies und anderes Strassenmaterial ausdehnte.

³⁾ Vgl. Administrativ-Prozessord. (Gesetzessamml. Bd. I, pag. 163), wonach der Gemeinderat die polizeiliche Aufsicht über Weg-, Steg- und Brückenbaupflicht hat.

Allerdings kommt diese kleine Polizei-Kompetenz der Gemeinderäte hier nicht so sehr in Betracht, umsoweniger, da unsere öffentlichen Behörden Schutz und Verfügung nur über die öffentlichen Landstrassen und Landwege ausdehnen, Erstellung und Unterhalt aller andern Wege aber Privatsache ist.

Gemeinden ob, wobei die Gemeindeangehörigen zur Tragung der Kosten oder mitunter auch zur Leistung von Frohndiensten und einzelne vorzugsweise interessierte Besitzer und Gewerksunternehmer zu Vorausbeiträgen verpflichtet sind. In neuerer Zeit sind Gesuche von Privaten um Übernahme der Wegpflicht keine seltenen Traktanden der jeweiligen Gemeindeversammlungen. Leider sind aber die meisten Gemeinden heutzutage derart mit Strassenservituten überbürdet, dass es nach und nach ein unabweisbares Postulat sein wird, dass der Kanton die mehr dem allgemeinen Verkehrsinteresse dienenden Strassennetze selbst übernimmt.

Gegen unbefugtes Betreten von Privatwegen oder offener Grundstücke, worüber die einzelnen Statutarrechte oft ausführliche Bestimmungen enthalten,¹⁾ hat der jeweilige Bezirksammann die Kompetenz, den nötigen Besitzschutz durch sog. Amtsbefehle angedeihen zu lassen, sofern solche Übertretungen nicht schon durch Rechtsbote mit einer Busse bedroht sind.

¹⁾ Vgl. Landbuch von Schwyz (siehe Kothing pag. 278); Artikelbuch von Gersau (Kothing pag. 90 und 103); Hofrodel und Waldstattordnung von Einsiedeln (Kothing pag. 202).

II. Das nachbarliche Wasserrecht.

I. Rechte betreffend das Wasser auf eigenem Grund.

Man könnte hier theoretisch zum vorneherein unterscheiden zwischen öffentlichen Gewässern, die dem gemeinen Gebrauche aller dienen¹⁾ und Privatgewässern, welche im Privateigentum oder im ausschliesslichen Benutzungsrechte einzelner stehen. Im Grunde genommen handelt es sich hier aber einzig um die Frage: Wie kann eine gerechte Verteilung des Wassers überhaupt innert den Normen des Nachbarrechtes stattfinden?

Unsere Statutarrechte geben diesbezüglich sehr wenig Aufschluss (vgl. unten S. 40 u. ff.). Es bleibt daher nichts anderes übrig, als auf die Grundsätze der in unserm Kanton waltenden Rechtsanschauungen und bereits ergangener Urteile hinzuweisen.

Von der reinen Eigentumskonsequenz ausgehend kann bei uns als geltendes Recht folgendes hingestellt werden:

- a) Der Eigentümer des Grund und Bodens hat die ausschliessliche Verfügungsgewalt über die darauf und darunter befindlichen Gewässer und darf daher das Wasser insoweit für alle erlaubten Zwecke benutzen, dasselbe verbrauchen z. B. zum Waschen, und die Nutzungen aus dem Wasserbett z. B. Steine und Sand beziehen; er darf es ferner innerhalb seines Grundstückes ableiten oder fremdes Wasser zuleiten und insbesondere zu dauernder mit dem Grundbesitz oder mit besondern

¹⁾ Ausnahmsweise bestehen am Zürcher- und Vierwaldstättersee als Sonderrechte noch die sogen. Fischereirechte. Einen interessanten Fall entschied das Kantonsgericht im Jahre 1894, als Tob. Nigg in Gersau auf Grund seiner Rechtsame zum Balchenfischfang (Balchensatz) gegen die Anlegung von Strandboden inhibieren wollte, mit seiner gerichtlichen Klage aber abgewiesen wurde.

Vergleiche auch den Entscheid der Justizkommission in Sachen Müller, Bäch, kontra Regierung von Schwyz vom 8. Juli 1896, welcher eine gerichtlich erwirkte Rechtsbotfrist über Seegebiet bei Bäch aufhob.

Anlagen und gewerblichen Unternehmungen in Verbindung stehenden Zwecken benutzen.¹⁾

- b) Bezüglich den Quellen speziell sprechen sich sämtliche Urteile, soweit sie wenigstens vom Kantonsgericht ergangen sind, dahin aus, dass wenn die Quelle auf dem obern Grundstück keinen natürlichen Abfluss hat, sondern durch Kanäle oder etwa durch eine Dünkelleitung aufgefasst wird, der obere Grundbesitzer vorbehältlich vertraglicher Rechte dritter das Wasser nicht nur beliebig gebrauchen, sondern auch an einem beliebigen Orte ableiten kann, sofern dadurch den untern Anstössern kein positiver Schaden erwächst.²⁾

¹⁾ Vergleiche Kantonsgerichtsprotokoll Bd. IXX pag. 181 vom Jahre 1876: »Die Einrede des Beklagten, es dürfe das Wasser auf der Liegenschaft der Kläger in keine andere als die bisherigen Gebäulichkeiten geleitet werden, ist als total unbegründet abzuweisen, weil die Verfügung über die Wasserkraft, sobald Kläger sie auf ihre Liegenschaft gebracht haben, rein Sache der betreffenden Besitzer ist.«

Ferner Kantonsgerichtsprotokoll Bd. XVI pag. 68 vom Jahre 1868: »Der Eigentümer hat das Recht, laufende Gewässer innert den Grenzen seines Grundstückes in beliebiger Weise zu benutzen und diesfalls die nötig scheinenden Vorrichtungen zu treffen, sofern sein Dispositionsrecht nicht durch Servituten beschränkt ist.

²⁾ Vergleiche Kantonsgerichtsprotokoll Bd. XVI pag. 89 vom Jahre 1868: »Quellen, welche in Privatgütern entspringen, sind Eigentum des Liegenschaftsbesitzers und daher seiner freien Verfügung anheimgestellt, soweit er nicht durch Rechte von Dritt-leuten beschränkt ist. Ferner kann aus dem anerkannten Rechtsgrundsatz, dass die untenliegenden Güterbesitzer den natürlichen Abfluss des Wassers aufnehmen müssen, keineswegs die Folgerung gezogen werden, dass die obern Güterbesitzer die Pflicht haben, das Wasser in hergebrachter Weise abfliessen zu lassen, weshalb dann auch das von dem Appellanten angerufene Moment, dass sie dieses Quellenabflusses bedürfen, rechtlich nicht massgebend sein kann.

Vergleiche auch Kantonsgerichtsprotokoll Bd. XV pag. 6 vom Jahre 1867 und ein Urteil des Bezirksgerichts March vom Jahre 1868.

Besonders deutlich erhellt sich obiger Grundsatz auch aus einem neueren Urteil des Bezirksgerichts March vom Jahre 1893 (Spiess kontra Pfister in Tuggen), welches im wesentlichen ebenfalls dahin lautet, dass Quellen, welche in Privatgütern entspringen, Bestandteile der betreffenden Liegenschaft und daher Eigentum des Liegenschaftsbesitzers seien; dieser daher befugt sei, ausschliesslich und unbeschränkt über sein Eigentum zu verfügen, folglich auch das Wasser an beliebigem Ort abfliessen lassen könne. Auch aus der unvordenklichen Benutzung des ihm von oben zufließenden Wassers sei kein Recht auf Ersitzung der Quelle selbst erwachsen.

Ist etwa vertraglich ein Benutzungsrecht am Brunnenwasser des obern Grundstückes eingeräumt worden, so kann der Eigentümer des letztern zuerst seine eigene Wasserleitung vollständig speisen, bevor er Überwasser abzugeben verpflichtet ist.

Die oben erwähnte Verfügungsgewalt des Eigentümers besteht aber nur insoweit, als ihm nicht durch das Nachbarrecht Schranken gesetzt sind. Diese finden nach schwyzerischer Rechtspraxis darin ihren Ausdruck,

- α) dass der Benutzungsberechtigte dem Wasser durch Ableitung einen andern Lauf nur auf der Strecke geben darf, wo er auf beiden Ufern das anstossende Gelände besitzt und im Falle innerhalb der Grenzen seines Besitztums eine Änderung in der Leitung vorgenommen wird, den früheren Lauf jedenfalls dort wieder herzustellen hat, wo auch nur auf der einen Uferseite der Besitz eines andern beginnt, es sei denn, dass andere Beteiligte dadurch keine Schädigung oder Benachteiligung ihrer wirtschaftlichen und persönlichen Interessen erfahren.¹⁾
- β) Dass der Nutzungsberechtigte seine Wasserbenutzung womöglich derart einrichten und ausüben soll, dass es auch den andern möglich bleibt, nach Verhältnis des Bedürfnisses ihrer Grundstücke und Anlagen die Kräfte des Wassers für ihre

Vergl. hierüber mehrere übereinstimmende Urteile besonders: Kantonsgerichtsprotokoll Bd. XXV pag. 6 v. J. 1867 (Stachel kontra Dobler); Bd. XXIII pag. 50 v. J. 1885 (Hiestand kontra Steiner).

¹⁾ Dieser Grundsatz hat z. B. obgewaltet im Prozess der Genossame Lachen kontra Honegger betr. Ableitung des Aawassers, wobei das Bezirksgericht March vom 16. Sept. 1865 besonders in Erwägung zog, dass den beidseitigen Uferbewohnern an Bächen bei gleichen Verhältnissen auch gleiche Berechtigung zustehe und es dürfe demzufolge vom obern oder nebenliegenden Ufereigentümer das Wasser nicht eigenmächtig in der Weise abgeleitet werden, dass es den untern oder gegenüberliegenden Uferbesitzern entzogen wird.

Nach dem sub litt. α aufgestellten Grundsatz lässt sich auch die anlässlich von der Klägerschaft aufgeworfene Frage, ob nicht überhaupt alles Wasser, welches auf Honeggers Etablissement abgeleitet wird, wieder in die Aa zurückgeleitet werden müsse, wohl affirmativ beantworten.

Vergl. auch Kantonsgerichtsprotokoll Bd. XXV pag. 99 v. J. 1892 (Gwerder kontra Hospenthaler); ferner Regierungsratsprotokoll Bd. 33 pag. 377 v. J. 1880, wo ein Rekurs gestützt auf obige Motive als begründet erklärt worden ist.

Dagegen vergleiche Kantonsgerichtsprotokoll Bd. XX pag. 28 v. J. 1878: »Die Appellanten dürfen die Wehrmauer dem Dorfbach entlang an einer neuen Stelle durchbrechen, um dem Wasser eine andere als die bisherige Ableitung zu geben — da durch die neue Leitung dem Anderrüthi für seine untenliegenden Wasserrechte nicht der geringste Schaden erwächst.

wirtschaftlichen Zwecke nutzbar zu machen. Er hat deshalb z. B. Wassersammler, Zu- und Ableitungskanäle u. drgl. so einzurichten und in Stand zu halten, dass jede für andere benachteiligende Verschwendung des Wassers vermieden wird.¹⁾

- γ) Was die Benutzungsweise von Quellwasser speziell anbelangt, gilt hier die Beschränkung,²⁾ dass der Eigentümer nicht durch Graben u. drgl. dem schon vorhandenen Brunnen eines andern das nötige³⁾ Wasser entziehen darf⁴⁾; ebensowenig dürfen schon bestehende Anrechte am Brunnenwasser z. B. durch Ankauf der Quellen Drittberechtigten entzogen werden.⁵⁾
- δ) Andere Beschränkungen gehen dahin, dass der Berechtigte nicht durch die Art seiner Wasserbenutzung schädliche Einwirkungen auf die Grundstücke und Anlagen anderer Beteiligten hervorbringen, also insbesondere nicht eine Aufstauung des Wassers vornehmen darf, durch welches fremdes Eigentum überschwemmt oder versumpft wird oder das Wasser auf sonst benachteiligende Weise in das Anwesen eines Nachbarn gelangt.⁶⁾

¹⁾ Vergleiche Neunt Geschwornengericht v. J. 1830 Bd. IV pag. 194: »Die Erbauung der Lohstampfe wird bewilliget insofern der Betreffende den Wasserstand nicht verändert, noch dessen Lauf hemme und für jeden Schaden für die Nachbarschaft gut zu stehen verspricht. Dann Kantonsgerichtsprotokoll Bd. XXII pag. 227 v. J. 1884: »Es wurde N. verpflichtet die Überlaufswand tiefer zu legen und das Wasser nicht zu verschwenden, sondern nur zum nötigen Bedarf zu benutzen.« Es kommt das oben Erwähnte namentlich dann zur Geltung, wenn trockene Witterung herrscht und daher Wassermangel eintritt. Vergleiche anderseits auch die hier einschlagenden Urteile Seite 36.

²⁾ Diese Beschränkung besteht teils in der Erwägung, dass die Natur des Gewässers, das innerhalb verbunden ist, sich dem ausschliesslichen Eigentum entzieht, teils im Interesse des Bestandes der vorhandenen Brunnenanlagen.

³⁾ Hier ist Rücksicht zu nehmen teils auf die Anlage und Errichtung des Brunnens, teils auf die Bedürfnisse derjenigen Liegenschaften und Häuser, für welche es bestimmt ist.

⁴⁾ Vergleiche hiezu Kantonsgerichtsprotokoll Bd. XV pag. 170 v. J. 1867.

⁵⁾ So musste auch die Wasserversorgungsgesellschaft von Schwyz i. J. 1891 trotz Ankauf der Quellen die schon vorher damit verbundenen Brunnen auch nachträglich noch speisen. Dagegen kam es unlängst vor, dass durch die Erstellung einer Wasserleitung seitens der Gemeinde Ingenbohl (Brunnen) einem Sägebesitzer am Urniberg das zu seinem Betriebe nötige Wasser entzogen wurde, da er sich über ein bezügliches Anrecht nicht genügend ausweisen konnte.

⁶⁾ Vergleiche Kantonsgerichtsprotokoll Bd. XX pag. 25 v. J. 1878. Einen

- ε) Dass endlich derjenige, welcher das Wasser benutzt, solches nicht durch Einleitung fremder Substanzen für die Gebrauchszwecke anderer untauglich oder gar gesundheitsschädlich machen darf. Vergl. Titel VIII.

2. Rechte und Pflichten betr. natürlichen Ablauf des Wassers.

Hier gilt der deutschrechtliche Grundsatz, dass der Eigentümer eines tiefer liegenden Grundstückes den natürlichen Ablauf des Wassers aus dem höher gelegenen nicht hemmen darf.

Nähere privatrechtliche Bestimmungen hierüber sind in neuerer Zeit keine ergangen. Die kantonalen Ausführungsverordnungen zum Bundesgesetz betr. Wasserbaupolizei vom Jahre 1877¹⁾ enthalten nur Vorschriften über Verbauung resp. Sicherung vor Gewässern und Rufen, von welchen allgemeiner Schaden und Nachteil droht. Es sind dies Massregeln, die von den Verwaltungsbehörden ausgehen auf Grund des öffentlichen Rechtes und es werden dadurch einerseits positive Verpflichtungen für den Staat²⁾, die öffentlichen Gemeinschaften³⁾, die einzelnen Besitzer und die anstossenden Grund-

besonderen Fall s. Regierungsratsprotokoll Bd. 29 pag. 468 v. J. 1876: »Die nachträgliche Erbauung einer Privatstrasse an einer Weiheranlage bildet keinen Rechtsgrund, das Anschwellen eines Weihers zu verbieten, trotzdem dadurch einer solchen Strassenanlage Schaden zugefügt wird.

Es entspricht übrigens das sub litt. δ Gesagte in analoger Weise der Pflicht des untern Grundstückseigentümers den natürlichen Ablauf des Wassers nicht zu hemmen. Vergleiche Seite 39 u. ff.

In früheren Zeiten wurde oft zwischen verschiedenen benachbarten Besitzern von Triebwerken abgemacht, wer abwechselungsweise je an bestimmten Wochen das Wasser für sich allein ableiten könne, falls etwa ein Wassermangel eintreten sollte. (Urkunde beim Prozess Gwerder-Inderbitzin.)

¹⁾ s. Gesetzessammlung Bd. II pag. 323 und 326.

²⁾ Die Beiträge des Bundes betragen bis zu 40% (s. Bundesgesetz betreffend Wasserbaupolizei von 1877 Art. 9); Kanton und Bezirke leisteten bis anhin Beiträge an die Wasserbauarbeiten bis zu 15%, so für Glattenberg-Ruchberg in Gersau, für Innerthal, Kessibach, Mosenbach, Spreitenbach, Steinbach, Steineraa, Tobelbach. In Bezug auf letztern vergl. den sogen. Tobelbachprozess der Privatanstösler gegen den Bezirk Schwyz wegen Übernahme der Kosten.

³⁾ Das schwyzer. Ausführungsreglement zum Wasserbaupolizeigesetz von 1879 bestimmt in Art. 15 (s. Gesetzessammlung Bd. II pag. 331); »Die Unterhaltungspflichtigen jeden Pflichtenkreises bilden eine Wuhrkorporation. Zu diesem Zweck haben

stückbesitzer¹⁾ begründet, kraft deren sie die für den Wesserschutz gebotenen Massnahmen durchzuführen und die Kosten derselben zu tragen haben; anderseits bedingt die Wasserpolizei für die Beteiligten eine Reihe negativer Beschränkungen, kraft deren sie sich gewisser dem Interesse des Wasserschutzes zuwiderlaufender Handlungen zu enthalten haben und bestimmte für die Instandhaltung der Gewässer erforderliche Eingriffe der betreffenden Wasserbauunternehmung in ihrem Besitz dulden müssen.³⁾

Dass die öffentlichen Behörden schon in ältern Zeiten ein gewisses Aufsichtsrecht über die sogen. Wuhrpflicht ausübten, das beweist uns ein Landsgemeindebeschluss vom Jahre 1452 (s. Kothing Ldb. v. S. lib. I pag. 42), wonach Männer (Werimeister) bestimmt wurden, welche

»heissen die wasßer Rünßen vffthun, da Rumen vnnd hinleitten, vnnd ouch heissen werinen vnnd das wasßer schüpfen, Zu beiderspt die besten vnnd komlichosten weg vnnd gelegenheit hin, alls sy das gut vnnd nottdurfftig sin bedunkt, allenthalb zu bruggen, zu stägen vnnd Zu wägen, vnnd zu besßern, zu güttern vnnd zu besorgen vnnd machen, vnnd Harum vnnd Hierinne yedermann zu thunde Zil vnnd tag zu geben zu dem fürderlichosten, alls sy das by Jren eyden bedunckt notturfftig sin vngeuarlich; . . .«

sie nach vollendeter Festsetzung der einzelnen Beitragsquoten unter Anleitung des Bezirksrates sofort ein Wuhrreglement zu gestalten, welches hauptsächlich die nötigen Bestimmungen über die Organisation, namentlich in Beziehung auf den Vorstand der Korporation, das Rechnungswesen derselben, die Anordnung und die Aufsicht der Arbeiten enthalten soll.

¹⁾ Vergleiche citiertes Ausführungsreglement von 1879 Art. 7: »Als beitragspflichtiges Grundeigentum ist zu bezeichnen:

- a) In erster Linie dasjenige, welchem bis anhin die daherige Unterhaltungspflicht oblag;
- b) In zweiter Linie, d. h. in denjenigen Fällen, wo die betreffenden Unkosten die Kräfte der bisher Pflichtigen übersteigen, alles Grundeigentum, welches durch die auszuführenden Arbeiten vor wahrscheinlicher oder vor möglicherweise eintretender Gefahr irgendwie geschützt wird.

Diese Grundsätze sollen bei Ausmittlung des Pflichtenkreises, um die Beitragspflicht in möglichst billiger und gerechter Weise auf alles unmittelbar bedrohte Eigentum zu verteilen, in ausgedehntem Sinne zur Anwendung kommen.

²⁾ Vergleiche besonders Expropriationsgesetz des Kts. Schwyz von 1871 (Gesetzessammlung Bd. II pag. 376), welches nach § 1 litt. b auch behufs Korrektion von Flüssen, Bächen und Runsen Anwendung findet.

Ebenso ein Ratsbeschluss vom Jahre 1520 (s. Kothing Ldb. lib. III pag. 219), aus welchem jedoch hervorgeht, dass den Anstössern in jener Zeit allein die Wuhrpflicht und die sogen. Wehristeuer überbunden wurde, wofür das angrenzende Grundstück als Pfand haften musste.

Damit stimmt auch überein Art. 102 des Landbuches des Bezirks March, welches den sogen. Wasservögten das obgenannte Beaufsichtigungsrecht gibt (s. Kothing Rq. pag. 150).

Einige neuere Bestimmungen über den Ablauf des Wassers enthält die Strassenverordnung von 1849; die aber mehr strassenpolizeilichen Charakter haben.¹⁾

Kehren wir auf den eingangs erwähnten rein nachbarschaftlichen Standpunkt zurück, so ergibt sich, dass diesbezüglich unsere Statuten ziemlich spärliche Aufzeichnungen enthalten, indem sie entweder einzig behufs Entwässerung von Ried oder Streueland den untern Nachbar verpflichten, dem Wasser den nötigen Auszug zu geben d. h. auf seinem Boden den Graben fortzusetzen oder dann diese Pflicht geradezu dahin beschränken, wo bereits alte Abzugsgräben bestehen.

So heisst es im Landbuch des Bezirkes March von 1756 in Art. 97 (s. Kothing Rq. pag. 149):

»Wann in güetteren sich alte Dolden undt gräben erfindten solten, solle jeder Undere Besitzer dem oberen lauth alter Uöbung den außzug zu geben schuldtig seyn.«

Ferner im Hofrodel von Reichenburg von 1536 in Art. 25 (Kothing Rq. pag. 345):

»Item Wier hand auch dry ußzüggreben, einen Im moß vnd einen von der strublen bin der zweiten Wiß nider, vnd der thritt von der linden bin der Hoffwis nider; da hatt je der oberist den nidersten zuo nötten, vnnd Sond einander erlich ußzüg gen, vnd ob ens nütt beschech vonn Frömden vnnd heimschen, so soll vmmb die sach geschechen was recht ist.«

¹⁾ § 21 dieser Verordnung lautet: »Bei einer Busse von 4 Fr. ist es den Besitzern anstossender Güter untersagt, ohne Bewilligung des Strasseninspektors Wasser in die Seitengräben abzuleiten.« § 32 fügt bei: »Innerhalb der Strassenränder dürfen bei einer Busse von 2 bis 10 Fr. keine Wasserleitungen angelegt werden, und die bereits bestehenden sind wo möglich ausser dieselben zu verlegen.

Und in etwas grösserer Ausführlichkeit Art. 67 *ibid.* (Kothing Rq. pag. 356):

»Item es Ist vnser Hoffrecht, welcher vff vnsern Rietern graben welt, was es were, so soll Im der vnder vßzug geben, so er dz aber nit thun welt, so mag der, so graben wil oder graben hatt, die dry geschwornen schätzer dar füeren, so sy dan erkennend, dz es vonnöten vnd den Rietern gut syge, so soll der vnder vßzug ze geben schuldig sin. Were ouch ein schetzer parthysch, so soll man ein unparthyschen an die statt nemmen, vnd wederer Recht gehan hatt, so soll der ander den costen haben.«

Eine besondere Bestimmung stellt für Nichthofleute der Nachsatz auf wie folgt:

»Vnd so ein frömder vßzug geben sölte, so mag ein Hoffmann den graben verdingen vnd darnach die wisen an-gryffen, bis er vmb kosten vnd Schaden betzalt Ist, es welt es dan einer selb thun.«

Der Umstand, dass diese citierten Artikel von Reichenburg nur die Entwässerung von Riedtern im Auge haben, kann umso-weniger befremden, da gerade die Gemeinde Reichenburg damals schon ausgedehnte Flächen Streulandes besass, die durch die Linthkanalisation von 1817 noch um ein bedeutendes vergrößert worden sind. Wenn übrigens auch nur ganz partikuläre Vorschriften ergangen sind, so kann man nichtsdestoweniger mit Sicherheit annehmen, dass die Pflicht, dem Wasser »Auszug« zu geben von jeher im ganzen Gebiete des jetzigen Kantons auf jegliche eigen-mächtige Stauung des Wassers zum Schaden des benachbarten Grundstückes bezogen wurde.¹⁾ Wie dieses Recht in den ver-schiedenen Fällen und Beziehungen in neuerer Zeit gehandhabt wurde, darüber geben uns die Gerichte keinen massgebenden Ent-scheid. Die meisten Anstände wurden vor dem jeweiligen Bezirks-landammann resp. Bezirksammann erledigt oder rekursinstanzlich

¹⁾ Vergleiche Neunt Geschwornengericht Bd. I pag. 428 v. J. 1631 und Bd. II pag. 706 v. J. 1760. Ferner Ratsprotokolle v. J. 1806 Bd. IV pag. 83, v. J. 1804 Bd. II pag. 172 betreffend Ableitung des Ütenbach auf'm Wintersried; v. J. 1807 Bd. VII pag. 170 betreffend Wasserabzug im Stalden; v. j. 1809 Bd. XIII pag. 186 betreffend Abzugsgräben im Wintersried.

vor dem Regierungsrat. Immerhin scheint es von dieser Seite stets als eine unbestreitbare Pflicht des untern Grundstücknachbarn angesehen worden zu sein, das dem obern Grundstück auf natürliche Weise zugekommene und natürlich von demselben abfliessende Wasser aufzunehmen¹⁾. Dagegen lässt sich eine solche Verpflichtung wohl nicht annehmen bezüglich Wasser, welches von dem obern Eigentümer auf künstlichem Wege abgeleitet wird z. B. durch Anlegung eines Grabens oder einer Dünchelleitung, sofern dadurch dem untern Nachbar noch mehr Schaden zugefügt würde.²⁾ Ent-

¹⁾ Vergleiche hierüber Neunt Geschwornengerichts-Protokoll v. J. 1796 pag. 149: »Es wurde erkannt, dass Dettling nicht befugt noch berechtigt seyn solle, für jez und in Zukunft, dass bachgut soweit als dass steinrieth gehet mit wehrenen oder Gewalt zu erhöhen oder einzumachen, sondern dem Bach seinen natürlichen freyen lauf und Gang lassen solle, damit nicht die Riedter des Nachbars schaden leiden.«

Im Jahre 1806 nach dem Bergsturz von Goldau wurde die sogen. Schuttkommission eingesetzt, welche unter anderm auch die Weisung hatte, dafür zu sorgen, dass bei Gewässern immer der geeignetste natürlichste Wasserlauf eingehalten werde. Laut Ratsprotokoll v. J. 1807 Bd. 42 pag. 180 hatte aber die genannte Kommission dies unter Zuzug der ehemaligen Grundstückbesitzer z. B. der Sägelriedter-Besitzer auszuführen.

Regierungsrätliche Entscheide neuern Datums s. Regierungsratsprotokoll v. J. 1874 Bd. 27 pag. 382: Es wurde die Verfügung des Bezirksamtes March aufrecht erhalten, dass für das Wasser des Mühlebach der nötige Abzug zu verschaffen sei, da der Mühlebach bei dem Riedt des Rekurrenten derart mit Rohren verwachsen sei, dass der gehörige Wasserlauf fast gänzlich verhindert wird und dass namentlich beim Eingang in des Rekurrenten Riedt das Wasser zum Teil über das Bachport des Rekursiten Riedt abläuft.

Im Jahre 1883 (vergl. Regierungsratsprotokoll Bd. 36 pag. 466 u. ff.) wurde eine Rekursbeschwerde abgewiesen, wonach die Genossame Tuggen verpflichtet wurde, die im alten Linthbett eingesetzte Wasserschwelle zu Wässerungszwecken zu beseitigen und den Wasserabfluss freizuhalten. Im gleichen Sinne lauten auch frühere Bestimmungen über das alte Linthgebiet, ebenso die wasserrechtlichen Verfügungen der eidg. Linthkommission.

Ähnliche Fälle vergl. Regierungsratsprotokoll Bd. 40 pag. 1410 v. J. 1887 und Bd. 41 pag. 109 v. J. 1888. Die Pflicht dem Wasser den nötigen Auszug zu geben wird beiläufig auch erwähnt im Kantonsgerichtsprotokoll Bd. XVI pag. 68 und 89 v. J. 1868,

²⁾ Hauptsächlich bei Anlegung von Wegen und Strassen kommen in dieser Hinsicht heute noch vielerorts Übelstände vor, indem das Regenwasser etwa durch Cementröhren unter dem Weg hindurch geführt wird und es sich dann mit um so grösserer Gewalt über das Grundstück ergiesst. Es sei hier nur erinnert an die bisherigen Zustände bei der neuen Bahnhofstrasse Schwyz-Seewen.

scheide hierüber liegen zwar keine vor, allein es folgt dies schon daraus, dass jene aus der Natur sich ergebende Pflicht nicht durch willkürliche künstliche Vorrichtungen eines andern noch lästiger gemacht werde.¹⁾

3. Das Recht auf Durchleitung des Wassers.

Es ist dies ein in den meisten andern kantonalen Gesetzbüchern aufgenommenes Recht, wonach der Eigentümer einer Quelle berechtigt ist, zu deren Nutzbarmachung Wasserleitungen auf fremden Grundstücken anzulegen und zu unterhalten, insofern diese Grundstücke dadurch nicht erheblich belästigt werden und zwar gegen vollen Ersatz des dadurch verursachten Schadens und mit möglicher Schonung des hiefür in Anspruch genommenen Grundstückes.

Merkwürdigerweise wird dieses Recht im Kt. Schwyz nicht anerkannt. Wer bei uns besondere Wasserleitungen über eine fremde Liegenschaft führen will, muss sich mit dem Besitzer derselben darüber auf gütlichem Wege abfinden. Eine Ausnahme besteht nur da, wo auf Grund des kantonalen Expropriationsgesetzes von 1871 § 1 litt. e²⁾ dem Kanton, den Bezirken und den Gemeinden die erforderliche Expropriationsbefugnis zusteht zur Verlegung von Brunnen infolge von Wasserbauten, sowie zur Errichtung neuer öffentlicher Wasserleitungen und Brunnen.³⁾

Eine Inkonsequenz besteht aber nach unserm Gewohnheitsrecht darin, dass während der Grundeigentümer das Legen einer Wasserleitung nicht zu gestatten hat, er dagegen z. B. den Tränkweg, der ihm vielfach schädlicher und lästiger sein kann, zugestehen muss. Es ist dies die ganz eigentümliche und einseitige Rechtsauffassung des alten fast ausschliesslich Viehzucht treibenden Landes.

¹⁾ Demgemäss kann nach neueren Gesetzbüchern auch niemand verpflichtet werden, Wasser abzunehmen, welches von dem obern Eigentümer auf künstliche Weise herbeigezogen wird.

²⁾ s. Gesetzessammlung Bd. II pag. 277.

³⁾ Nach einem regierungsrätlichen Entscheide vom 19. Juni 1895 (Prozess Diener kontra Vogel und Gebr. Trutmann) sind in erster Linie die öffentlichen Strassen und nur soweit notwendig Privatgrundstücke für öffentliche Wasserleitungen in Anspruch zu nehmen.

Wie schwer es oft hielt, durch gütliches Abkommen ein, wenn auch noch so notwendiges Wasserleitungsrecht zu erwerben, indem Neid, Gehässigkeit und Plackereien ihre Rolle dabei spielten, beweist der bekannte und viel besprochene »Wasserkasten-Prozess« in Schwyz vom Jahre 1887, dessen Hintergrund darin Bestand hatte, dass der Eigentümer einer ganz kleinen Landparzelle eine projektierte Wasserableitung aus einem bestehenden Wassersammler — wenn auch ohne irgend welchen voraussichtlichen Schaden und Nachteil — nicht zugeben wollte. Dabei ereignete sich dann auch die zum wenigsten merkwürdige Thatsache, dass ein seinerzeit als vertraglich gefordertes Äquivalent für ein gewährtes Wasserbenutzungsrecht und speziell zu Feuerlöschzwecken des Dorfes erstellter Wassersammler nicht etwa als integrierender Bestandteil des im übrigen fremden Wasserleitungskörpers gerichtlich bezeichnet wurde, sondern als Eigentum des frühern (bis zur Vertragskündigung) Wasserberechtigten, der jedoch darüber in keiner Weise disponieren konnte, da das Wasserleitungsrecht des Dorfes nach wie vor durch den gleichen Kasten ging.¹⁾

Aus solchen Rechtsanschauungen ergab sich dann auch, dass z. B. das Durchleitungsrecht zum Behufe der Betreibung eines Wasserwerkes oder das Recht zur Anlage eines Weihers oft mit grossen Summen von den Grundbesitzern erkauft werden musste, was der Erstellung von Fabriken und gewerblichen Anlagen erfahrungsgemäss schon vielfach entgegenwirkte.

¹⁾ Vergleiche Kantonsgerichtsprotokoll Bd. XXIV pag. 21. Dieser Prozess bot den Anlass zu jener bereits erwähnten Petition um Erlass eines Gesetzes über das Nachbarrecht.

Über das Provokationsverfahren bei Wasserleitungen vergl. C. P. O. § 214 Ziff. 3 Abs. 2.

III. Das Hammerschlagsrecht.

Wenn auch nicht unter diesem Namen, so steht doch bei uns gewohnheitsrechtlich dem Grundeigentümer ein derartiges Recht zu, um behufs Errichtung, Wiederherstellung oder Ausbesserung eines Gebäudes resp. von Zäunen, Mauern u. drgl. das Nachbargrundstück betreten zu können. Nach einem Entscheide des Regierungsrates¹⁾ liegt darin zugleich die Befugnis, Gerüste, auf dem Nachbarsgrundstück zu errichten. Jedoch hat der Berechtigte, insoweit das Bedürfnis denselben dazu nötigt, den betreffenden Grundbesitzer vorher davon in Kenntnis zu setzen und für allfällig entstehenden Schaden Ersatz zu leisten.

Etwas ähnlich ist das im Hofrodel von Reichenburg Art. 64 (s. Kothing Rq. pag. 355) beschriebene Recht, nach welchem das Aufholzen auf den an Wälder anstossenden Gütern erlaubt sein soll:

»Item ouch ist vnnsers Hoffs Recht, das nymanntz dem Anderenn nüt sol Inn synen eignenn Gütter hoiüwen sol weder Sumer noch winnter, vßgnomen die güter So an Howalt stoßent.«

Schliesslich ist noch hinzuweisen auf folgenden Landratsbeschluss, der am 24. Januar 1739 in Schwyz nach einem »entsetzlichen« Sturmwind gefasst wurde:

»Vom Wind umgeworfene Bäume mag der Eigentümer eignen, wenn sie schon auf andere Güter gefallen sind, Jedoch solle er den allfälligen Schaden ersetzen. Wil der beschedigte das Gericht Brauchen, so soll es in den ersten 4 Wochen geschehen.«

Hier lässt sich eine gewisse Analogie ziehen mit dem Verbot der Kappung von überhängenden Ästen, da in beiden Fällen für das Eigentum nicht die Grenzscheide ausschlaggebend ist. Ganz das Gegenteil wird z. B. nach Nidwaldner Recht präsumiert. (Vergl. Deschwanden Sachenrecht pag. 52.)

¹⁾ Vergl. Regierungsratsprotokoll Bd. 46 pag. 88 v. J. 1893.

IV. Einfriedung und Hut des Viehes.

Sehr reichhaltig sind unsere Rechtsquellen in der Normierung der Hagpflicht unter gegenseitigen Anstössern. Das Bedürfnis der Einschirmung macht sich besonders deshalb fühlbar, weil man in unserm viehzuchttreibenden Lande früher, wie heute noch besonders in der Gegend von Innerschwyz das Vieh im Frühling und Herbst im Thale frei in den Wiesen »ätzen« lässt, während dann im Sommer jeder Allmeindgenosse sein Vieh¹⁾ gegen eine kleine Auflage²⁾ für jedes Stück auf die Allmeind treiben kann. Die demnach hauptsächlich in der Hut des Viehes begründete Hag- oder Zaunpflicht finden wir denn auch in den alten Landrechten ziemlich ausführlich und mannigfach ausgestaltet³⁾. Vor allem gilt hier die Regel:

a. Dass jeder Anstösser dem andern halben Fried, Hag oder Zaun zu geben habe, d. h. dass die Grenzhäge oder Grenzmauern von beiden zu gleichen Teilen erstellt und unterhalten werden sollen.⁴⁾

¹⁾ In Schwyz verordnete die Landsgemeinde v. J. 1593, es solle kein Landmann mehr als 40 Kuhessen im Lande winteren und im Sommer auf die »Almy« treiben. Vergl. Landbuch von Schwyz lib. II fol. 63 (Kothing pag. 177).

²⁾ Schon im 17. Jahrhundert musste ein »Viehgeld« (auch »Allmendgeld« genannt) von einem Gulden auf jedes Kuhessen bezahlt werden. Diese Auflagen fielen dem Bauamte zu, um vorzüglich für den Unterhalt von Brücken, Wegen und Hägen verwendet zu werden (s. Bauherrenverordnung v. J. 1818 pag. 4, 15, 17, 22).

³⁾ In der Gegend von Schwyz und Küssnacht sind heute noch fast sämtliche Grundstücke mit Grünhägen eingefriedet, was z. B. im Bezirk Höfe und March schon ziemlich selten vorkommt. Es rührt dies wohl daher, dass in letztern Landesgegenden die Stallfütterung vorherrschend ist und darum auch hier eine Pflicht des Grundbesitzers, sein Land vor der Weide fremden Viehes durch Umzäunung zu sichern, nur ausnahmsweise noch vorkommt.

⁴⁾ Hierüber existieren eine grosse Menge von Gerichts- und Ratsentscheidungen ältern und neuern Datums: vergl. 9. Geschw. Gericht Bd. I pag. 33 [v. J. 1610], 244 [1619], Bd. II 369 [1733], 448 [1742], 525 [1748], 1001 [1776], Bd. III 129, 155 [1794], 139 [1795], 252 [1813], Bd. IV 149 [1827]; vergl. ferner Landratsprotokoll Bd. V 293 [1804] betr. Hagpflicht im sog. dräcket Riedtlin; Bd. VIII 123, 170 [1808]. In Übereinstimmung damit Reg.-Ratsprotokoll Bd. 27 d. 1140 [1874], Bd. 36 p. 615 [1883], Bd. 37 p. 1233 [1884], Bd. 38 p. 850 [1885], Bd. 40 p. 1037 [1887].

Das Landbuch von Schwyz lib. II fol. 9 (s. Kothing pag. 135) führt des nähern aus, dass wenn der eine Nachbar einen Graben, der andere einen Hag an der Grenze seines Grundstückes gezogen habe, jeder seine Einfriedung unterhalten soll; ebenso wird bestimmt, dass der Hagpflichtige bei sog. toten Hecken die spitzigern Teile derselben auf das Seine kehren soll:

»IM Jar des Herren vyerzechen hundert fünffzig vnnd syben Jar vff Suntag Oculy in der vasten, do vnns zusammen verkünt was, Sind wier übereinkommen vnnd Habent gesetzt, das yeder-mann dem andern, wo matten vnnd weyden gegen einander gelegen sind, vnnd aneinandern stosßent, Halben hag, frid vnnd schirm geben soll, Es sye vff Bergen oder Im Boden, Es habe dann yemantz von siner gütern wegen besundere gedinge.«

»Wo ouch heg vnnd gräben gegen einandern stossent, wes da die Lanndtlüt übereinkommen, daby soll es bestan; dem ist also: Wo einer ein graben hat, vnnd der ander ein hag, die an einandern stosßent, da soll der ein, so den graben hatt, den graben machen vnnd behan; der ander, so den hag hatt, soll den hag machen vnnd behan.«

»Item Es erfint sich ouch ein allt Lantzrecht sin, also: Wenne einer sin gut verzünnen will mit gert (Stecken), So soll er vssenfür stan vnnd das gert, die sprossen, vff das sin stossen; dann beschech neißwerem dauon schaden, So müßte Inn der, von des hag es beschechen, den schaden abtragen, so ver sinen der widerteyll nit enbern wyll.«

Die Hagpflicht ordnet das Artikelbuch von Gersau vom Jahr 1751 im 18. Punkt Abs. 1 (s. Kothing Rq. pag. 105) folgendermassen:

»Item, wo zween, drey old mehrere Güter gegen einander haben, soll jeder Theil gegen den anderen den halben Hag machen, und wann sich ein Gut verwandelt und wieder theilt, und einer das nit gleben will, so soll der ander Theil den Hag mit ihm theilen; diewyl sich aber ein Gut nit verwandelt, so mags jeder Theil bei dem vordern Theil lassen bleiben. Wo aber der einte Theil seinen Hag laßt zergahn, oder seine Vordern, alsdann solle er solchen so gut machen, als der ander Theil den seinigen, es sey Mauer oder Hag«.

Ahnlichen Bestimmungen folgt das Landbuch von Küssnacht in § 31 Art. 1, Abs. 1 (s. Kothing Rq. pag. 279):

»Wan güter an einander stossen, es wäre matten, weyd oder gärten, solle jeder theil dem anderen halben Haag, frid und schirm geben, Es wären dan darzwüschen sondere bedingungen.«

Übereinstimmend sagt auch die Waldstattordnung von Einsiedeln in Art. 126 (s. Kothing Rq. pag. 215):

»Erkent, daß die eigentliche Anstösser gegen einander je einer den halben Hag machen solle, sie mögen dan getheilt haben, wie sie wollen, es seye dan daß sigill vnnd brieff das widrige Enthaltend vorhanden wären.« Meyengr. 1753 fol. 597.

Endlich schreibt der Hofrodel von Reichenburg in Art. 45 vor (s. Kothing Rq. pag. 350):

»Item auch ist vnßer Hoffsrecht, dz einer dem anderen soll halben Zun vnd frid geben; wer aber sach dz einem schaden beschech durch des faden, die einer zünen vnnd friden sollt, dz soll einer dem anderen apthragen vnnd von jetlicher fartt dry schillig gen, zwey theill dem Heren, den thritheil dem kleger, Im Setz dan einer die buos ab als recht Sy.«

b. Wie aus letzterm Artikel ersichtlich ist, wird zugleich noch eine Entschädigungspflicht desjenigen erwähnt, der nicht für gehörige Hagerstellung gesorgt hatte. Mit grösserer Ausführlichkeit und Bestimmtheit verordnet das Landbuch von Schwyz lib. II fol. 44, dass wer seinen Anteil am »Fried« (wie der Hag oder die Mauer, welche das Grundstück befriedet d. h. vor unbefugtem Eindringen schont, von den Quellen oft auch bezeichnend genannt wird) nicht gehörig unterhält, dadurch für allen Schaden, welchen durchbrechendes Vieh dem Nachbarn anrichtet, ersatzpflichtig werde (s. Kothing pag. 163).

»SO da Lanng ein zangk gsin ist am gericht vnnd vnder den Lüten, was Lantzrecht sye vm ein Atzung, Hannd sich ein Amman vnd gesessner Ratt eringlott vnnd erlütert, das vnsers Lantzrecht sye, wo einer den andern etzt durch den teyll hags, der Im, so den schaden getan hatt, zu machen zugehört, vnnd der geschadtgott nimpt Inn dorum an, So soll der, so den schaden gethan, dem geschadtgotten sinen schaden abtragen, dermaß, das er woll wüß, das er Im das sin woll bezallt hab.

Were aber, daß einer schaden empfienge von sinem anstossenden durch sin teil hags, vnnd dann vermeinte, ener söllte Im den schaden abtragen, se beschech dorum, was sich ein gericht erkennt; dann yeder weiß woll, das er halben hag machen vnnd behan soll.«

Nähere Ausführung gibt ebenfalls das Landbuch von Gersau vom Jahre 1605 fol. 37 (s. Kothing Rq. pag. 89), welches hauptsächlich das Klagerecht näher fixiert und die Bestimmung der Höhe der Entschädigung nötigenfalls dem richterlichen Ermessen anheimstellt;

»So Einer den anderen durch sin Haag Atzty, vnnd der ander dess nit Enberen möchti, so sol er Im das ablegen, vnnd soll das thuon vor Mitten mertzen; vnnd wan sy in das Recht kemend, so soll er ein bescheidenliche Anforderung thuon. Wo er das nit thuon welte, so sollend die Richter Ein Bescheidenheidt dreffen nach gestaltsame der sach; wo er deß nit welte settigen, so mag er das mit siinem Eidt minderen, vnd sol jm das psalen, nachdem vnd sich die Richter Erkennend. Vnnd wo er ja nit beklagte vor Mittem Mertzen, so mag er Im darnach genn, als vil er wyl, vnnd ist die Satzung vmb Rinderfech vnd Ross; aber vmb Geißfeeche vnd Schaff soll der Schad an cklag abtragen werden, wie obstadt, nitt angesehen durch welchen Hag der Schaden geschechen sy.

Wo aber einer den andern Atzte Winterszitt, diewyl die Porten offen sind, sol man für Ein Roß ein Schillig, für eins Rind ein Kreutzer, vnd für ein Schaff zwen angster gen.«

Den Schadenersatz erwähnt ferner in etwas anderer und kürzerer Formulierung das Landbuch von Küssnacht in § 31, Art. 1 Abs. 2 (s. Kothing Rq. pag. 279):

»Und wer Ein graben hat, solle den graben, und welcher Ein Haag hat, solle den Haag machen, und wan Einer sein gut einzünen wolte, auf waß Gattung es wäre, solle derselbe den zaun oder maur auf daß seinige setzen, widrigenfahß so Einem schaden von dem zaun oder Haag beschehete, so solle derjenige, so der haag oder Zaun nicht auf daß seinige gesetzt, dem geschädigten den schaden abtragen.«

Dazu in Art. 2 ibid.:

»Wäre es auch, daß Einer seinen zu machen schuldigen theil Haag in solch schlechtem standt unterhaltete, daß Einem

anderen durch disen Haag Vich in sein matten, weyd oder gärten käme, und ihne beschädigte, solle der, so den Haag nicht in erforderlichem stand unterhalten und durch welchen daß Vich durchgekommen, dem geschädigten den schaden nach unpartheyscher schatzung abzutragen schuldig seyn.«

Der Art. 35 des Hofrodels von Reichenburg (s. Kothing Rq. pag. 347) verlangt ohne Erwähnung einer Hagpflicht speziell für Ziegen von Weideberechtigten deren gehörige Hütung, und in Bezug auf Schweine setzt Art. 62 (s. Kothing Rq. pag. 354) fest:

.. »vnnd ob einer ein schaden thätt Jn optz, oder Jn reben oder Jn satten, wellerley dz wer, der soll einem den schaden abtragen nach biderben lüten erkanntnus¹⁾.«

In origineller Weise schreibt schliesslich das Waldstattbuch von Einsiedeln v. J. 1572 in Art. 76 (s. Kothing Rq. pag. 182) noch vor, wie ein Friedhag beschaffen sein solle:

»Item soll ein Jettlicher, sy wer der welle, an synen güetteren einen Redlichen guotten fridhag haben vnd machen, So hoch das sy einem gmässen man an das kine schlach, Also starch vnnd guott syend, das sy einen Man mit synem Trabharnascht, der darüber stygt, vnder Jm nitt Niderfalle, das ouch kein vech niemandts dardurch schaden thuon mög. Wenn aber darüber durch söllich Fridheg schaden beschech, Soll söllicher schad zimlichen abtragen werden, vnnd daby söllich vech, das schaden thuot, abnehmen, vngeuarlich.«

c) Besondere Bestimmungen veranlassten das Verhältnis der Hagpflicht zwischen Allmeind und Eigen. Solche finden wir einmal im Ldb. v. Schwyz lib. II fol. 41 Abs. 4 (s. Kothing pag. 161):

»Vnsere gnedige Herren vndt Obern Ein gesessner Landtrath haben heüt dato der gärten wegen auf der allmig sich fernerß erläuteret vnndt Erkent, das, wo gärten in vnserm landt von der allmig für eigen einzuoschlagen weggegeben vndt selbige an eigen anstöss werden, die besitzer solcher gärten, so weit die selbigen gehen, den Hag gegen eigen allein machen vnndt in ihren Kosten erhalten sollen. Vnndt solle das in dem Hag würkhlich aufgewachßene Holtz, ehe vndt beuor

¹⁾ Über die Haftung für Tierschaden vgl. Art. 65 und 66 des schweiz. O.-R. Die statutarrechtl. Bestimmungen hierüber haben danach meist nur noch histor. Wert.

der garten ab der allmig weggeben worden, den besitzern der anstossenden güöttern eigenthümlich zuogehören vndt solcheß nach ihrem gefallen weggehauwen werden mögen; das ienige holtz aber, so erst nach aufgebrochenem garten in demselben Hag aufgewachßen, solle zuo den gärten, welche den Hag zuo machen schuldig sind, dienen vnndt gehören.« Actum den 31. 8^{bris} 1711.

Dieser Artikel bezieht sich aber nur auf sogen. Allmeindgärten, welche einzelnen Genossen auf besonderes Gesuch »von der Allmig für eigen eingeschlagen« gegeben wurden. Diese mussten begreiflicherweise von den neuen Eigentümern selbst umfriedet werden, wogegen ihnen dann allerdings auch alles von nun an im Hag aufwachsende Holz angehörte. Übrigens besteht in allen Bezirken des Kantons der Grundsatz, dass Eigen, d. h. Sondereigentum allein gegen offene Allmeind hagen muss. Es entspricht dieser Grundsatz vollständig den Rechtsanschauungen besonders der alten Markgenossenschaft Schwyz, aus welcher die daselbst teilweise noch bestehenden Gemeingüter entstammen, indem diejenigen Genossen, welchen ein Stück Allmeind als Sondereigentum einzufrieden gestattet wurde, dieses Land auch selbst gegenüber der als Weidland gemeinsam benutzten Allmeind abschliessen mussten. Die Rechtsübung daselbst aber, dass gegenüber denjenigen Komplexen Genossenland, welche meistens in neuerer Zeit veräufnet und den Genossen parzellenweise zur Nutzniessung überlassen wurden, von jeher von den anstossenden Privateigentümern gehaget werden musste, kommt wohl daher, dass diese kleinern Landparzellen eben weil sie nur zur Nutzniessung überlassen werden, ihren Charakter als Allmeindland, als Gemeingut einer Korporation bewahren.¹⁾

Die prinzipielle Vorschrift über die Hagpflicht zwischen Allmeind und Sondergut liegt schon in dem viel ältern Hofrodel von Reichenburg v. J. 1536 in Art. 31 (s. Kothing Rq. pag. 346) folgendermassen ausgesprochen:

¹⁾ Aus letzterm Grunde wurde auch Heinzer in Illgau als Besitzer seines Magerheulandes »Wintersiten« verpflichtet, dem klägerischen Genossenland »Sagengärten« entlang, soweit er mit seiner Liegenschaft an genanntes Genossenland anstösst, auf der Marchlinie einen »soliden« Hag zu erstellen und zu unterhalten. Vgl. Kantonsgerichtsprotokoll Bd. XXV pag. 116 v. J. 1892; frühere Entscheide vgl. Landratsprot. v. J. 1804 Bd. II pag. 131 (Bolfing auf Iberg betr. March und Hag zw. Allmeind und Eigen); v. J. 1805 Bd. III pag. 197 und 205 (Besitzer der »Klostergärten« in der Auw betr. Abhagen derselben von der Allmeind); ebenso v. J. 1812 Bd. XVI pag. 277.

»Item auch ist vnßer Hoffsrecht, weller guetter hett, die an die allmeynd stoßind, der soll han ein guoten fridtbaren Zun oder ein graben, weller aber vmmb Seliche gueter nütt Zünten oder ein graben machty, dan dz die lüt dardurch geschädigett wurd, der ist verfallen vnnßerem Heren zuo den einsidlen Sechs schillig, vnd dem Kleger dry schillig; hette aber einer schädlich guott, dz soll einer ein abnemen vnd darvmmb nüt buoßfelig werden.

d) Um den privaten Anstössern, besonders solchen, deren Eigentum an sogen. Tauwälder angrenzen, worin urkundlich Atzungsrechte von Drittleuten bestehen, die Hagpflicht gegenüber Allmeindgut zu erleichtern, wurde den erstern hauptsächlich in der March erlaubt, sich das dazu nötige Holz aus dem nächsten Korporationswald zu holen. Nach vollzogener Teilung der dortigen Landeswälder im Jahre 1852 erliess die Waldteilungskommission eine Forstverordnung, welche in ihren §§ 17—22 die an die Landeswäldungen grenzenden Güter und Alpen in 2 Klassen ausschied, in solche wo keine Waldatazungsrechte bestehen und wo Zäune zum Schutze des Waldes erforderlich sind, und in solche wo Atzungsrechte bestehen und Zäune zum Schutze dieser erstellt werden müssen. Den erstern wird das nötige Zaunholz unentgeltlich verabfolgt, den letztern dasselbe nur gegen eine billige Entschädigung angewiesen.¹⁾ Ähnliche Berechtigungen stellt auch das Landbuch von Schwyz auf. (Vgl. Seite 30.)

e) Die Erstellung und Erhaltung eines Hages liegt demjenigen Teile allein ob, der durch die Benutzungsweise seines Grundstückes hiezu die Veranlassung gibt.²⁾ Im Landsgemeindeprotokoll v. J.

¹⁾ Vgl. Prozess Genossame Sattlegg kontra Gemeindekorparation Vorderwäggitthal in Kantonsgerichtsprot. Bd. XI pag. 219 v. J. 1859; ferner Prozess Knobel kontra Landeskorporation March: »Bei Landeswäldungen, wo Atzungsrechte von Drittleuten bestehen, liegt die Hagung ausschliesslich im Interesse des anstossenden aber nicht atzungsberechtigten Privateigentums und wird demnach auch dem letztern in eigenen Kosten überbunden« (s. Urteil des Bezirksgerichtes March vom 11. August 1862).

²⁾ Steph. Reichmuth, Besitzer der Nisesmatte in Iberg, verlangte von J. Reichmuth, Eigentümer des an erstere Liegenschaft angrenzenden Schmalzgrubenriedes, die Hälfte der Hagung nach Landrecht zu übernehmen. Er wurde aber auch zweitinstanzlich vom Kantonsgericht abgewiesen und Appellat von der Hagpflicht gegen die Nisenmatte für so lange entbunden, als derselbe sein Stück Land nur als Ried

1748 lib. 19 fol. 84 ist bemerkt: »Riedter, die nicht eingehaget, solle derjenige, der darin ätzen will, vorerst einhagen«. Diese Bestimmung scheint von Kothing übersehen worden zu sein.

f) Falls infolge Expropriation Grundstücke von Strassen durchschnitten werden und deshalb Hagung notwendig wird, so hat der betreffende Eigentümer gemäss Expropriationsgesetz vom Jahre 1871 Art. 5¹⁾ hierfür einen Entschädigungsanspruch.

g) Die sogen. Lattenhäge sind da wo Wege durchführen meist mit sogen. »Porten oder Bleginen« versehen, worauf sich z. B. die Vorschriften beziehen, dass diese nach dem Durchgehen wieder zu verschliessen seien (vgl. Kothing Rq. pag. 104), oder solche nur im Winter behufs Benutzung der Winterwege geöffnet werden dürfen (s. Kothing Rq. pag. 214 u. 328), während der Hofrodel von Reichenburg in diesem Sinne in Art. 23 die beidseitige Hagpflicht geradezu auf die Sommerzeit beschränkt (s. Kothing Rq. pag. 344):

»Item ens ist auch vnßers Hofffs rechtt, dz einer mag syne güetter friden von mitem mertzen hin biß zuo Sant martisthag, vnd Soll je einer dem anderen uß sinen acheren fahren zuo mittem mertzen vnd soll je einer dem anderen halben zun gen.«

h) Diejenigen, welche gegenüber Allmeindland Grünhäge pflanzen wollen, haben laut Waldstattordnung von Einsiedeln Art. 125 das Recht dazu, Allmeindboden zu benutzen und zwar in folgender Weise²⁾ (s. Kothing Rq. pag. 215):

»Allen denen, welche grünhäg einzupflanzen willens seynd, ist begünstiget ein par schuh von der Allment so lang einzuhaben, bis die angesetzte Grunhäg im standt seynd; vnd damit nicht etwann aus Allment eigenthumb gemacht werde, alß solle dieses Privilegium allein auff jene, so in der Cantzley sich anmelden, vnd ihr Vorhaben ad Protocollum bringen lassen, gemeint seyn« Herbstgr. den 22. November 1735.

Es mag dies ähnlich wie die Verabfolgung von Holz (vgl. Seite 53 litt. d) ein Entgelt sein dafür, dass der Eigentümer von

benutzt und in demselben nicht ätzt. (Siehe Bd. XX pag. 115 v. J. 1878.) — Vergl. Landrats-Prot. Bd. 17 pag. 68 und 96 v. J. 1812 betr. Hagung zwischen Riedern und Kühallmeind.

¹⁾ Siehe Gesetzessammlung Bd. II pag. 378; vergl. ferner unten Seite 60.

²⁾ Vergl. hierüber unter Titel V: Markung, Seite 56.

Sondergut gegen Allmeind den Hag allein zu erstellen hat. In Ermangelung entgegengesetzter Bestimmung ist anzunehmen, dass hier der ganze Hag Eigentum des Erstellers ist, trotzdem er sich auf fremdem Boden befindet.

Etwelche Verwandtschaft mit obiger Bestimmung hat das Recht der »halben Hofstatt« (vgl. E. Huber, System und Geschichte des schweiz. Privatrechtes Bd. III p. 323), wonach bei Erstellung einer Scheidemauer hierfür ein Streifen des anstossenden Grundstückes beansprucht werden kann.

i) Das Hagholz gehört demjenigen, der den betreffenden Hagteil zu erstellen hatte. Gleiches Recht gilt auch bezüglich den nicht fruchttragenden Bäumen, wie Eichen, Eschen u. dgl., welche sich im Hagziel befinden. Das Landbuch des Bezirkes March gibt uns in Art. 67 hierüber folgenden Aufschluss (s. Kothing Rq. p. 139):

»Item ist unser Landrecht, das Jeder in seinem Stuckh gut biß an ein halben Werkhschue zue die Studlen bey einem gruenhaag abzuhauwen, seüberen und zu rüthen befüegt seyn solle. Diserem Articul ist annoch beigesetzt, daß wo in einem Zaun ein Baum, Eychen, Esch, oder anderes Holtz, was gattung es ist, auffwachsen thuet und in dem Zuhn ein oldt mehrere Stäckhen erspahrt, so solle solches Holtz zu dem Zaun gehören undt disem eigen seyn, welcher den Zuhn machet.«

Ein Recht, Bäume, welcher Art es sei, in seinen Hagteil zu pflanzen, wird im Kanton Schwyz heute übrigens nirgends anerkannt, es sei denn, dass sie als sog. »Marchzeiger« dienen sollen.¹⁾

k) Gewohnheitsrechtlich werden die sogen. Grünhäge alljährlich beschnitten, zu dessen Zwecke jeder für seinen Hagteil womöglich auch sein eigenes Grundstück zu betreten hat. Nur sofern es nötig, kann er dazu des Nachbars Gut betreten.²⁾

¹⁾ Vergl. hierüber unter Titel V: Markung, Seite 56.

²⁾ Vergl. Titel III: Hammerschlagsrecht, Seite 45.

V. Markung.

In engem Zusammenhang mit der Hagpflicht steht nach unsern Rechten die gegenseitige Pflicht zum Marchen, indem, die Bestimmung des Art. 125 der Waldstattordnung von Einsiedeln (vgl. Seite 54 litt. h) ausgenommen, durchweg der Hag mit der eigentlichen Grenze zusammenfällt, In diesem Sinne sagt denn auch der 18. Punkt Abs. 3 des Artikelbuches von Gersau (s. Kothing Rq. p. 105):

»Es solle auch in unserem Land gegen offner Allmein Hag und Mark bei einander seyn, und sonderbar gegen der Alp, wo s. v. Vieh geht.«

Es werden daher auch heute noch die Häge gewissermassen als Ersatz für eigentliche Marchzeichen anerkannt. Das gilt auch — namentlich in den höhergelegenen Berggemeinden des Kantons — von einzelnen in den Hägen befindlichen, wie freistehenden Bäumen (Weisstannen, Buchen u. s. w.), welche als sog. Marchzeichen, Marchzeiger, Lochen (letztere Benennung im Bezirk March üblich) immerhin gewisse rechtliche Bedeutung haben¹⁾.

Hiebei muss aber wohl unterschieden werden zwischen nutzbaren und nicht nutzbaren Marchbäumen. Die erstern dürfen von altersher als Marchzeiger gepflanzt werden, letztere aber dienen als Marchzeichen, da wo sie bereits in der Marchung stunden, durften aber nur mehr bei Abgang ersetzt, nie aber in einem bestehenden Marchhag extra gesetzt werden.

In Schwyz nannte man früher die Marchgrenzen auch »Untergänge«. Behufs Grenzbereinigungen wurden sogen. »Untergänger« ernannt, die je nach 10 Jahren unter Beiwohnung eines Landschreibers die Grenzen zwischen Allmeind und Eigen wieder zu prüfen hatten. Ebenso hatten diese allfällige Marchstreitigkeiten zwischen

¹⁾ Vergl. den Marchungs-Prozess zwischen den Besitzern der Thorlauri und der Wiedeggweid im Wäggithal, welcher vom Kantonsgericht dahin entschieden wurde, dass die auf Grund des Lochenbuches von 1782 in den Jahren 1849 und 1859 erneuerte Marchung massgebend und die dabei durch nummerierte Lochbäume gezeichnete Marchrichtung rechtlich anzuerkennen sei. (Kantonsgerichts-Protokoll von 1888, Bd. XXIV, S. 221.)

Privaten zu schlichten, wobei jede Partei an die erwachsenen Kosten die Hälfte zu bezahlen hatte. Das Landbuch von Schwyz lib. II fol. 35 sagt hierüber ausführlich folgendes (s. Kothing p. 158):

»Vff donstag nechst nach des Hellgen Crützes tag Jm Meyen Jm XVc vnd XVj Jahr¹⁾ Hannd ein Landtammann vnnd gesessner Ratt angesehen vnnd verordnet, wo sich begeb hinfür Jm lanndt, da Lüt Irrig werden von vndergengen wegen, Soll in yedem vyertell die verordneten vndergenger darzu wysen vnnd sy heissen vndergan, wo da span²⁾ ist, Nach der besten kuntschafft, So sy gehaben mögen, damit yeder wüß, was das sin eygen, oder Allmy Sye.

Semlich vnnd ander »vndergeng«, Alls zwüschen Eygen vnnd Allmy, soll man verschaffen gethan werden von zechen Jaren zu zechen Jahren, vnndt darzu einen Lanndtschriber beruffen, der mitt gange vnnd uffschribe, wie der vndergang beschehe, damitt es für vnnd für kuntlich belibe.

Item vnnd wo zwen gegen einandern Span haben, darzu die vndergenger gewysen, vnnd der parthyen, so span hand, dwedere kuntschaft leitten will, dann das die vnndergenger kuntschaft beruffent, dann sond die parthyen beid yede den Halben kosten geben. Item vnnd so dann zwen Stössig, dahin die vndergenger gewysen, vnnd die parthyen zu beidersyt kuntschafft Leiten, da soll yede parthy die, so sy gestellt hatt, selbs Bezahlen. Item vnnd ob dann Sunder Lüt vndergeng gegen minen herren haben, vnnd daselbs ouch Jeder teyll kuntschafft stellt, Alldann soll ouch yeder teyll die, so er gestellt hatt, selb bezalen, vnnd soll dis hinfür Allso beliben.

Es haben ouch ein Lanndtammann vnnd gesessner Ratt angesehen vnnd gesetzt: ob yemantz ansprach hatt gegen der Allmy vnd dorum der vndergenger begehrt, wenn man ein dann abgadt an dem, so er angesprochen, So soll er den kosten halben haben. Ob aber einer by dem Blipt, so er angesprochen, soll er des costes ledig sin. Dis soll Bestan bis an vnser Lanndtlüt.«³⁾

Ähnlich, aber in etwas kürzerer Formulierung bestimmt das Landbuch von Gersau v. J. 1605 in fol. 44 (s. Kothing Rq. p. 91):

¹⁾ Jahr 1516. — ²⁾ Auch Spen = Zwist, Uneinigkeit, Fehde.

³⁾ Bis die Landleute anders beschliessen.

»Item Es soll ein Gmeind Einer darzu verornen vnd die Widerpart ouch ein Person, wo er das nit dette, so sol mans Beid darzu gen jn jrer beider Kosten. Wo aber sich gspan Erhübend zwüschendt der Eigenschafft, so soll man die zugesetzten vff den Stoss vnd gspan wyssen, dasselbig mit güetti old mit Recht zu sprechen. So aber Etwar des Undergangs der Almett halb beschwerte, so jst demselbigen das Recht vorbehalten.«

Die Vorschrift, alle 10 Jahre zwischen Allmeind und Eigen zu marchen enthält auch das Landbuch von Küssnacht in § 41, wo wahrscheinlich auch der jeweilige Landschreiber den Marchenrodel auszufertigen hatte (s. Kothing Rq. pag. 285):

»Item ist gesetzt, daß man je zu zehen Jahren sowohl allmeind gegen allmeind, alß allmeind gegen aigen marchen, und die errichteten Marchen-Rödel in die allmeindlaad zur Verwahr legen solle.«

Die Marchung findet nach heutigem Rechtsgebrauch statt unter Anwesenheit beider Parteien¹⁾ und unter Aufsicht einer bezirksrätlichen Marchungskommission.²⁾

Sehr ausführliche Bestimmungen über das Marchen enthält die Instruktion zur Vermarkung der Gemeinds- und Korporationswaldungen, sowie der Privatschutzwaldungen vom Jahre 1880.³⁾ Diese haben aber nur in dieser speziellen Hinsicht eine Bedeutung und können daher auch nicht massgebend sein für Vermarkungen im nachbarrechtlichen Sinn überhaupt.

¹⁾ Die Südostbahn-Gesellschaft hatte anlässlich ihrer Baute die Marchsteine des W. B. von sich aus versetzt und auch eine andere Hagung erstellt, weshalb sie von der Regierung angewiesen wurde, die ihr obliegende Marchung gemeinschaftlich mit W. B. vorzunehmen. (Regierungsrats-Prot. Bd. 46, Nr. 98, v. J. 1893.)

Auch aus frühern Entscheiden geht hervor, dass sich stets alle Interessenten an der Marchung beteiligen mussten, sofern eine solche erforderlich war. Vrgl. Neunt Geschwornengerichtsprot. Bd. IV pag. 139 v. J. 1795; ferner Ratsprot. Bd. 4 pag. 195 v. J. 1806; Bd. 4 pag. 143 v. J. 1806; Bd. 6 pag. 197, 205, 211 (1807); Bd. 7 pag. 15, 111 (1807); Bd. 9 pag. 44 v. J. 1808 (betr. Marchungen im Goldauer Schutt) u. a. m. Dagegen vergl. Bd. 13 pag. 78 v. J. 1810 (wo ein Marchbegehren abgewiesen wurde, da der Betreffende die Kosten nicht auf sich nehmen wollte). — Provokation bei Marchsteinsetzungen siehe Civ.-Proz.-Ord. § 214, Ziff. 3.

²⁾ Eine solche Kommission besteht im Kanton Schwyz nicht konstant, sondern sie wird in jedem einzelnen Fall gewählt und zwar gewöhnlich aus den Mitgliedern der Baukommission. — Vergl. hiez u Landrats-Prot. v. J. 1807, Bd. 42, pag. 151 (Veränderung der Hagrichtung wird unter Beiwohnung eines hoheitl. Ausschusses bewilligt.)

³⁾ Siehe amtl. Gesetzessammlung Bd. II, pag. 564.

VI. Kappung und Anriess.

Das ältere deutsche Recht, vorab in Gebirgsländern, führte zu Gunsten des baumpflanzenden Nachbars eine ziemlich weitgehende Servitut ein. Gemäss der früher vorherrschend gewesenen Wiesenkultur herrschte die Neigung, Baumpflanzungen möglichst an die Grenzen der Liegenschaften zu verweisen, um das Innere der Wiesen für alle Einflüsse, die einen gedeihlichen Wieswachs befördern, frei zu halten. Indem das deutsche Recht diese Neigung zum eigentlichen Grundsatz ausbildete, stellte es, im grossen, allgemeinen genommen, den Satz auf, der Liegenschaftseigentümer dürfe den Baum so nahe an des Nachbars Grenze pflanzen, als er wolle, der Nachbar müsse das Überhangen und Überragen von Ästen und Wurzeln dulden; er werde aber hiefür damit entschädigt, dass die auf sein Land fallenden Früchte des betreffenden Baumes Eigentum des belasteten Nachbars werden.¹⁾ Denn wer die Unannehmlichkeit des Überhangens duldet, soll auch den Vorteil haben, welchen sie möglicherweise bringen kann, m. a. W.: Wer den bösen Tropfen geniesst, soll auch den guten geniessen.²⁾ (Vergl. die auf Seite 56 über die nicht nutzbaren Bäume gemachten Bemerkungen.)

Beim Stillschweigen unserer Statutarrechte ist anzunehmen, dass es stets erlaubt war, wenigstens Fruchtbäume, in beliebiger Nähe an die Nachbarsgrenze zu pflanzen,³⁾ und es ist dies auch heute noch die bei uns geltende Volksanschauung.

Auf Grund des öffentlichen Rechtes dagegen haben die Administrativbehörden von jeher dieses Recht dahin beschränkt, dass sie in Bezug auf jede Art Bäume und Häge an Strassen das sog. Kappungsrecht ausübten. So erliess früher der Landrat vielfach

¹⁾ Vergl. hierüber Deschwanden, Nidwaldner Sachenrecht v. J. 1868 (pag. 48).

²⁾ Vergl. E. Huber, Schweiz. Privatrecht Bd. IV, pag. 731.

³⁾ In Schwyz war es den Allmeindgenossen gestattet, Obstbäume auf angrenzenden Allmeindboden zu pflanzen und man suchte sie sogar dazu aufzumuntern. Vergl. auch Bauherrenverordnung v. J. 1818, S. 13, 14, 23.

Publikationen¹⁾ an die Anstösser von Land- und Kommunikationsstrassen, um sie zu verpflichten, einerseits ihre Grünhäge zu beschneiden und die in die Strassen hinüberhangenden Baumäste zu entfernen, anderseits Fruchtbäume nur in bestimmter Entfernung von der Strassengrenze zu pflanzen. Bestimmungen ähnlicher Art wurden auch in die 1849er Strassenverordnung aufgenommen; leider haben dieselben wenig Nachachtung erfahren. (Vergl. §§ 15 und 16 der Strassenverordnung vom 27. April 1849.)

Ein Recht auf Kappung von überhangenden Ästen oder hinübergewachsenen Wurzeln wird Grundstücksnachbarn in keinem Teile des Kantons Schwyz zugestanden.²⁾

Ein ähnliche milde Auffassung der Nachbarverhältnisse, welche geneigt ist, statt rücksichtslos durchzugreifen, lieber Nutzen und Schaden billig zu teilen, zeigt sich in dem Rechte des Überfalles (Anris³⁾). Diesbezüglich unterscheidet das Landbuch des

¹⁾ Publikation des Landsrates v. J. 1834 (pag. 137): »Es solle in Schwyz, Arth Steinen, Sattel, Lauerz, Ingenbohl und Rothenthurm angekündet werden, dass diesen künftigen Herbst die Strassenanstösser bei 2 Nthlr. Busse, wovon dem Laidter $\frac{1}{3}$ gebührt, gehalten sein sollen, die Grünhäg abzuschneiden und die Baumäste 15 Schuh hoch wegzuhauen und aufzustutzen, desswegen soll am Herbst von der Strassencommission eine Inspection gemacht und die Zuwiderhandelnden hoheitlich zur Ahndung citirt werden. — Auch sollen in den gleichen Gemeinden alle Strassenanstösser bei 2 Krthlr. Busse, wovon dem Laidter $\frac{1}{3}$ gehört, gehalten seyn, bis künftigen Nicolaustag die 4 jährigen Fruchtbäume, die näher als 6 Schuh bei der Strasse stehen, zurückzusetzen und in Zukunft nicht mehr näher zu setzen.»

Publikation des Landrates v. J. 1840 (pag. 284): »Es soll bekannt gemacht werden, dass keine Bäume näher als 6 Schuh an die Strassen gesetzt werden dürfen, Nussbäume aber nur bis auf 12 Schuhe an die Landstrasse. Auch sollen die Bäume aufgehauen werden, so zwar dass kein Ast tiefer als 15 Schuh gegen die Strasse hinabzuhängen komme, auch dass die Häge auf 3 Schuh Höhe abgehauen werden müssen, im fernern alles Holz und andere Gegenstände aus der Strasse weggeräumt werden sollen, ferner soll inskünftig kein Nussbaum in die Nähe der Landstrassen gesetzt werden.

Publikation v. J. 1845 (pag. 128): »Grünhäge an den Land- und Kommunikationsstrassen sollen zu- und abgehauen werden und an den an Landstrassen stehenden Bäumen die Baumäste bis auf 15 Fuss Höhe hinauf gehauen werden. Fruchtbäume sollen nicht näher als 6 und Nussbäume nicht näher als 12 Fuss an die Landstrasse gesetzt werden.

²⁾ Aus diesfalls eingezogenen Informationen ergibt sich, dass dies bei uns allgemeine Rechtsanschauung und das Bezirksamt stets gegen derartige Übergriffe eingeschritten ist. — Vergl. auch Seite 63.

³⁾ Abfall, Abriss, Anris (vergl. Grimm, deutsches Wörterbuch I, S. 427).

Bezirk March in Art. 86 zwischen Kirschen und Zwetschgen, und anderem Obste: erstere gehören in der Regel dem Eigentümer des Baumes, und nur wenn die Zwetschgen heruntergeschüttelt werden, dem Eigentümer des Bodens, auf welchen sie fallen; anderes Obst, wie z. B. Äpfel und Birnen, darf dagegen der Nachbar, auf dessen Eigentum es fällt, immer auflesen, er darf solches sogar vom Baume ablesen, insoweit es in den Bereich seines Grundstückes fallen würde (s. Kothing Rq. pag. 145):

»Item ist unser Landtrecht des Anrysses halber zam undt wildten Obs, welcherley es were, waß auff das seinige falt, mag Jeder aufflesen undt für daß seinige behalten, undt so es einer gegen dem seinigen ablösen wolte, möge er solches wohl thuen In so weit was auff daß seinige ohngefahrlichen fallen möchte. Die Kyrsch¹⁾ undt Zwätschgen anbetreffendt sollen selbe dem Jenigen gehören, welchem der Baum gehört; wann aber die Zwätschgen geschüttet werdt, so sollen selbe demme gehören, wo selbe hinfallen.«

Nach dem Hofartikelbuch von Wollerau, Art. 6, soll das überfallende Obst zwischen beiden Nachbarn zu gleichen Teilen geteilt werden, sofern der Baum noch ausserhalb des Grenzhages steht, während im entgegengesetzten Falle dem Nachbarn alles Obst gehörte, welches auf sein Gut fällt oder über demselben hängt (siehe Kothing Rq. pag. 299):

»Item vnnd wo die güötter an Ein Anderen Stossend da Obßgewechß ist, vnnd waß für obß in Einesen güeter falt, ob Man daß Obß Schütend oder list, daß Mag Einer im sinen vffläsen; vnnd wan aber Man Eß list oder schütend vnd der Baum nit im hag Stadt, so mag der, im deß sin der Baum Stadt, daß Obß auch halb Nen Emerthalb dem Hag, vnnd so aber der Baum im Hag Stadt, so soll Jetwederen theil Nen, waß vff sin deill fällt, oder über sin Stadt, vnnd Mag Eß lassen ald schüten, gott geb der Hag sig gedeilth oder nit gedeilth.«

In den andern Bezirken des Kantons wird alter Übung gemäß das Recht auf den Überfall ebenfalls anerkannt.¹⁾ Ein Beleg für

¹⁾ Vergl. Zeugenaussagen im Prozess Ammann kontra Meyer vor Bezirksgericht Küssnacht i. J. 1873; ferner ein schon i. J. 1720 vom Neunt Geschwornengericht in Schwyz gefälltes Urteil, in welchem einem Bauer von Steinen das Recht auf das überfallende Obst zuerkannt wurde (s. Prot. Bd. II, pag. 284).

den Bezirk Schwyz bildet eine aus dem Jahre 1824 datierende Handschrift (im Archiv Schwyz), welche folgendes als altes Recht erwähnt:

»Jeder kann das auf seinen Antheil Land fallende Obst von Bäumen zwischen den Gütern und Anstössern behalten und eignen und das abzulesende ebenfalls durch eine aufgesteckte Stange gesöndert werden. Kirschbäume aber, die von der äußern Borstud des Hages mit dem Hagnepper nicht angeborrt werden können, gehören deren Früchte ganz dem Eigenthümer derselben.«

Eine merkwürdige Bestimmung des Landbuches von Schwyz, welche noch beiläufig zu erwähnen ist, bezieht sich auf die Kirschen gemäss Landsgemeindebeschluss vom Jahre 1536 (s. Kothing pag. 87). Diese galten von alters her als ein »gemeines Obst für Reiche und Arme« und sollen auch ferner ein »freies gemeines Obst bleiben«, so dass jeder auch auf fremdem Boden Kirschen nehmen darf. Indessen soll es doch nunmehr dem Eigentümer des Baumes gestattet sein, »seine Kirschen zu wehren«, indem er zum Zeichen dessen einen Dornstrauch an den Baum hängt.

Übrigens wird die Berechtigung auf den Überfall des Obstes an den meisten Orten heute sehr lax gehandhabt. Gerade in Wollerau, wo das Hofrecht hierüber bestimmte Vorschriften gibt, scheint bei Landwirten kaum ein Bewusstsein von einem diesbezüglichen Rechte vorhanden zu sein. Einerseits wurde dort von jeher weniger Gebrauch davon gemacht, die Bäume allzunahe an die Grenze zu pflanzen, und anderseits würde eine strikte Anwendung des gegebenen Statutarrechtes geradezu als Chicane aufgefaßt werden. In anderen Bezirken, wie z. B. in der March, wird von diesem Rechte hauptsächlich nur da Gebrauch gemacht, wo der baumpflanzende Nachbar für die ihm zugewendete Seite des Baumes die Sonnseite und somit den eminenten Vorteil des Fruchtgenusses für sich hat, während dem Nachbar ausschliesslich der Schatten des Baumes zu teil wird. In Gegenden wie Küssnacht, Schwyz und March, wo man stets mit Vorliebe Kirschbäume der Grenze entlang pflanzt, kann dies für den andern Nachbar eine grosse und schädliche Last sein und es ist daher auch eine Inkonsequenz, wenn der Geschädigte ausnahmsweise bei Kirschbäumen keine Kompensation erhält an den Früchten und es trotzdem jedem

Nachbar unbenommen bleibt, die gerade deswegen so geeigneten Kirschbäume in beliebiger Zahl und Nähe an die Grenze zu pflanzen.

Dass solche Verhältnisse leicht Anlass zu Zwistigkeiten geben können ist begreiflich, aber die Gerichte und administrativen Behörden haben bisanhin stets an dem hergebrachten Gewohnheitsrecht festgehalten, was deutlich aus den folgenden zwei Fällen hervorgeht:

In der March masste sich ein Grundbesitzer das Recht an, besonders auf Grund von Art. 50 S. O. R., die auf sein Gut überhängenden Kirschen zu pflücken. Allein es wurde ihm dies vom zuständigen Bezirksamt und rekursinstanzlich auch vom Regierungsrat verboten, mit seiner Entschädigungsforderung aber an den Civilrichter gewiesen.¹⁾

In Küssnacht dagegen liess der Landwirt Ammann einfach die Äste von Kirschbäumen, soweit dieselben in den Luftraum seines Grundstückes hinüberraigten, herunterschneiden. Das Bezirksgericht von Küssnacht vom 27. Mai 1873 unterstützte dann auch dieses Vorgehen des A., in der Erwägung, dass sich die Herrschaft des Grundeigentümers nicht nur auf den Boden des Grundstückes, sondern auch auf den Raum über und unter demselben erstreckt, und daher solche überhängende Äste eine Beschränkung und Beeinträchtigung der Ausübung des Eigentumsrechtes sei. Dem Kantonsgericht war diese absolute Anwendung des Eigentumbegriffs zu weitgehend und es wies darauf hin, dass überall das Hinüberhangen solcher Äste gewohnheitsrechtlich geduldet werde und beim Mangel positiver Gesetzesbestimmungen die Prätension des A. nicht geschützt werden dürfe.²⁾

Ein Blick auf die Liegenschaften belehrt uns, dass für neuere Baumpflanzungen, mit Ausnahme der besprochenen Kirschbäume, von dem alten Rechte, dieselben so nahe als möglich an des Nachbars Gut hinzurücken, seltener mehr Gebrauch gemacht wird. Die Scheu vor Baumpflanzungen im Innern der Güter ist geschwunden mit

¹⁾ Vergl. Regierungsrats-Protokoll Bd. 41 pag. 1002 v. J. 1888.

²⁾ Vergl. Kantonsgerichts-Protokoll Bd. XVIII pag. 186 v. J. 1873

der heutzutage immer mehr steigenden Obstkultur.¹⁾ Es kommt auch seltener mehr vor, dass Obstbäume ohne künstliche Pflanzung auf der Grenze von Grundstücken von selbst aufwachsen. Auf den Fall, dass man z. B. Eichen, Eschen, Buchen u. dgl. als »Marchzeiger« im Hagziel wachsen lässt, ist bereits oben Seite 56 hingewiesen worden und da wo der Stamm eines Obstbaumes auf der Marchgrenze steht, ist derselbe im Zweifel beiden Nachbarn gemeinsam.²⁾

¹⁾ Dies gilt vor allem von den obstreichen Bezirken Höfe, March und Küssnacht, wo dem gedeihlichen Obstwuchs meist ebensoviel Sorgfalt zugewendet wird als dem Wieswachs.

²⁾ Vergl. Ratsprotokoll Bd. 13 pag. 106 v. J. 1810 (wegen einem auf'm Loo in die March gesetzten Nussbaum); ferner Bd. 16 pag. 284 v. J. 1812 (betr. 6 Bäumen in der Au). — Es ist das auch römisches Recht, welches, so lange der Baum steht, ein condominium pro diviso nach Massgabe der Grenzlinie annimmt. (Vergl. l. 19 pr. D. 10, 3 u. l. 83 D. 17, 2 arbor in confinio nota.)

VII. Das Recht zu bauen.

Der Eigentümer des Grundstückes ist als solcher befugt, auf demselben zu bauen.¹⁾ Das Recht zu bauen ist nur eine Folge des Grundeigentums, nicht ein selbständiges Recht. Wer baut, übt sein Eigentum in einer bestimmten Richtung aus, sobald aber Rechte des Nachbars in Frage kommen, da wird diese Befugnis in bestimmte Schranken gewiesen. Wenn nämlich jeder Eigentümer zunächst auf seinem Boden vornehmen kann was er will, so ist der Eigentümer als solcher hinwieder berechtigt, jede körperliche Einwirkung auf seine Sache zu hindern.

Die Beschränkungen des Baurechtes sind im Kanton Schwyz bis anhin ausser in der Strassenverordnung vom 28. April 1849²⁾ noch in keiner Weise gesetzgeberisch geordnet worden. Wie unentbehrlich aber eine Bauverordnung für die Verhältnisse der heutigen Zeit geworden ist, beweisen schon die immer häufiger vorkommenden Prozesse in Bauangelegenheiten, die meistens bei Vorhandensein praktischer gesetzlicher Bestimmungen vermieden worden wären. Der eine erlaubt sich hier oft etwas aus Chicane, welches der Nachbar einfach zu dulden hat, weil ihm kein Recht eine sichere Waffe zur Abwehr in die Hand gibt. Die amtlichen Verfügungen des Bezirksamtes ergehen diesfalls oft ohne genaue Prüfung und

¹⁾ In der alten Markgenossenschaft Schwyz war es sogar kein seltener Brauch, dass den Genossen Bauplätze für Häuser auf der Allmeind, ihrem Gemeingut, bewilligt wurden. Dagegen war ausdrücklich festgesetzt, dass auf Häuser, welche die Obrigkeit auf der Landesallmende zu bauen bewilligt hatte, keine Pfandverschreibung errichtet werden dürfe; man nahm also hier an, dass solche Bauplätze im Eigentum des Landes verbleiben sollen. (Vergl. Landb. lib. II fol. 78 (J. 1682; Kothing S. 185.) Gleichwohl haften nunmehr auf solchen Gebäuden auf der Allmeind der Bodenzins (mit erstem Satz) und andere Grundpfandverschreibungen.

²⁾ § 13. Längs der Hauptstrassen dürfen neue Bauten nur in einer Entfernung von 12 Fuss von dem Strassengraben oder beziehungsweise vom Strassenrand aufgeführt werden. In Dörfern, wo die Lokalität es erfordert, können Ausnahmen von dieser Bestimmung vom Baudepartement bewilligt werden. Alte Gebäude, welche die Strasse beengen, müssen, sofern sie neu aufgeführt werden wollen, auf eine vom Baudepartement zu bestimmende Entfernung zurückgesetzt werden. Beschwerden gegen

Kenntnis der faktischen und rechtlichen Sachlage, und den unsichern Prozessweg zu betreten, kostet dem Betreffenden Zeit und Geld.

Einige bauliche Bestimmungen enthalten zwar die Landbücher von Schwyz und Küssnacht. Allein diese sind entweder zu allgemein gehalten oder dann haben sie überhaupt keinen grossen praktischen Wert mehr. So war nach einer Satzung von 1543 im Landbuch von Schwyz lib. II fol. 59 der Eigentümer, welcher glaubte, dass sein Nachbar »ihm verbauen oder überbauen wolle« zur Einsprache befugt und es hatte dann der Richter nach Beschaffenheit des Falles zu entscheiden (s. Kothing pag. 173):

»SO man Zalt von Christi vnsers Herren geburt gezallt 1543 zu meyen zu ybach vor der Brugg, Alls man die ämpter besetzt, Haben gemein vnser Landtlüt gesetzt: Wellicher in vnserm Lanndt Buwen wil, dass der vff dem sinen wol buwen mög, wie einer vermeinen allerbest sin Fug sin. Ob aber einer, so an Jnn stoss, vermeint das Jnn dieser verbuwen well, So mag er Jm den Buw wohl werren vntz an ein Recht. Vnnd so das Recht darüber gehalten, was dann mit vrtell, daby sol es alldann Beliben.«

Das Landbuch von Küssnacht in § 47 Art. 1 (s. Kothing Rq. pag. 288) lautet noch kürzer:

»Ein jeder der in der Landschaft Küssnacht sässhaft ist, solle auf dem seinigen bauwen mögen, wie Er will, jedoch dem anderen ohne schaden.«

Dagegen scheint man früher eine ziemlich weitgehende, gewissermassen polizeiliche Aufsicht ausgeübt zu haben über auffällige Gebäude. So sagt nämlich Art. 2 des § 47 des soeben citierten Landbuches von Küssnacht:

den Ausspruch des Baudepartements bezüglich der Aufführung neuer Bauten sowohl als der Zurücksetzung alter Gebäude gelangen an den Regierungsrat. Im Fall der Nichtbeachtung dieser Vorschriften wird derselbe nach fruchtloser Mahnung das betreffende Gebäude auf Kosten der Pflichtigen abbrechen, und den Betrag bei ihnen durch den Rechtstrieb erheben lassen. Allfälliger Schaden wird dem Eigentümer vom Staate vergütet; im Falle man sich über den Betrag desselben nicht verständigen kann, soll nach Titel VI dieser Verordnung verfahren werden.

§ 14. Überragende Dächer von Gebäuden, welche an Hauptstrassen stehen, müssen bis auf die Seitengräben oder Strassenschalen abgeschnitten und zur Ableitung des Wassers in die Seitengräben oder Dollen mit Dachrinnen und Röhren versehen werden. Wo dieses auf wiederholte Mahnung nicht geschieht, soll es auf Kosten des Beteiligten bewerkstelligt und dieser in eine Strafe von 10 bis 20 Fr. verfällt werden.

»Wan wegen bauwlosen Zimmern, seyen es Häuser, scheunen oder gäden, von denen Creditoren oder nachbahren klägden sich zeigten, sollen solche alß bauloß angeklagte Zimmer durch die verordneten schätzer auf ohnrechte kosten hin visitirt, und so solche baufällig erfunden, von den schätzeren dem Besitzer zu erstell- und erbesserung Ein hinlängliches termin angesetzt werden; und so dan Einer disem nit Folge leistete, mag der nachbahr oder Kreditor den ungehorsamen vor gricht beklagen.«

Nachfolgend wird dann noch bestimmt, dass wenn die Klage berechtigt war, der Besitzer des baufälligen Gebäudes die Mühe- waltung der Schätzer zu bezahlen habe, andernfalls der klageführende Nachbar oder Creditor resp. Hypothekargläubiger.

Ganz ähnlichen Bestimmungen folgt das Landbuch von Schwyz in lib. I fol. 78 (s. Kothing pag. 84):

»Vff Samßtag vor Sannt Paulus beker tag Jm vier vnnd zwentzgosten Jar der mindern Zall (23. Januar 1524) Hannd sich ein Amman vnnd gesessner Ratt erkundett ein bruch vnnd Lanntzrecht gewesen sin, weliches domaln ouch vßs höischen- der notturfft fürer angenommen vnnd bestät, Allso: Das man in yedem viertell in vnnßerm Lanndt soll verordnen zwen man, die semliche buwlosse oder tachlose gezimber, Syent hüser oder gädmer, wo Jnen die angezeigt werden, beschowen sond; Vnnd Nach dem die selben zwen bedunckt nottürfftig sin Söllent sy dem Jnhaber des gezimbers tag geben, nach gstallt der sach Jn einem zyt das zu tecken oder sunst zu bessern ye nach dem es gestallt Jst, vnnd einer es ouch erliden mag. Vnnd ob sach wer, das einer denn sümig würd vnnd semliche gezimber Nitt tackte oder besserte Jn dem zitt, wie Jnn geheißen ist, So soll einer gebüssett werden, wie Einer vm weg vnnd strassen zu machen, an geuerde.«

Keine Bedeutung hat die Beschränkung in der Anlage von Fenstern in der Art, wie dies Kothing in seiner Ausgabe des Landbuches von Schwyz lib. II fol. 37 ausdrückt:

»Ein Lanndtamman die Rätte vnnd gemein Lanndtlüt zu Schwitz Hannd angesehen vnnd fürkomen, Das man nieman thein venster mer geben soll, vßgenomen An killchen vnnd Jn Rathüser, Es were dann Jn Eeren wirtzhüser, die an strassen

stand, da ein Ammann vnnd die siben duchte, das man sin Eer haben mög; da habent sy gwallt, sunst niena. Beschechen vff Sannt Thomas tag Jm Sibenzechenden Jar.«¹⁾

Die andern Statutarrechte sagen über baurechtliche Verhältnisse gar nichts, übrigens mochten auch die wenigen Vorschriften der citierten Landbücher von Schwyz und Küssnacht den Anforderungen jener Zeit genügend gewesen sein und sind vielleicht zugleich auch ein Beleg dafür, wie in andern Bezirken das Recht zu bauen gewohnheitsrechtlich sich gestaltete.

Erwähnenswert ist noch ein Baubeschrieb, der nach dem Brande von Schwyz im Jahre 1642 ausgefertigt wurde. Er enthält aber nur bauliche Bestimmungen über die im dortigen Dorfplatzrayon sich befindlichen Gebäude und hat darum auch nur lokalen Wert. Immerhin wurde auf Grund dieses Baurisses im Jahre 1891 ein Bau inhibiert, weil dadurch dem Rathaus in Schwyz die südwestliche Aussicht entzogen worden wäre.

Die oben citierten Landrechtsartikel (s. Kothing schwyz. Ldb. pag. 173 und Rq. pag. 288) sagen uns nicht, wo die Grenze des Erlaubten m. a. W. in welchem Masse der Eigentümer von Grund und Boden aus nachbarlichen Rücksichten sich bauliche Beschränkungen auferlegen muss. Jedenfalls würde man aber den Sinn jener Artikel zu weitgehend interpretieren bei der Annahme, dass man damit z. B. den Entzug von Aussicht verhindern könnte, denn es wäre dies eine übermässige Beschränkung nicht nur der Baufreiheit, sondern auch des Eigentumsrechtes selbst.

Ebensowenig kann man gemäss citiertem § 47 Art. 1 des Landbuches von Küssnacht nur allgemein darauf abstellen, ob ein Bau dem Nachbar schädlich sei oder nicht, denn die Berechtigung,

¹⁾ Kothing (Landbuch von Schwyz, S. 303, Register) führt diesen Landratsbeschluss vom 21. Dezember 1517: »Wie man venster geben soll« als baupolizeiliche Bestimmung betreffend Fenstergerechtigkeit auf. Das ist offenbar unrichtig. Jener Beschluss betraf die gegen Ende des 15. Jahrhunderts entstandene Sitte der Fenster- und Wappenschenkungen, welche damit auf die Vergabungen an Kirchen, Rathäuser und ehrbaren Wirtshäuser beschränkt werden sollte. Dass dieser Beschluss sich ausschliesslich hierauf bezieht, beweist auch das — wahrscheinlich aus Reciprocitätsgründen — 1548 vom schwyzer. Landrate erlassene Verbot: »Es hand mine Herren den iren verpotten bey x Pfund zbus, dz niemand ena offen wirt, vssert dz land gangind vm fenster zu bitten, auch nütt durch g'schrift noch anderlüt.« (C. Styger, Glasmaler und Glasgemälde im Lande Schwyz.)

auf eigenem Boden zu bauen, vielleicht von einem subjektiven Interesse des Nachbars abhängig zu machen, würde zu unrichtigen Konsequenzen und grossen Unzukömmlichkeiten führen.²⁾

Vielerorts wird heutzutage, ohne dass dafür ein Gesetz besteht, das Profilieren von Neubauten angewendet, um desto wirksamer allfällige spätere Reklamationen abzuweisen. Eine Petition des Gemeinderates Schwyz vom 28. Juli 1885 an den h. Kantonsrat ging sogar dahin, es möchte die Errichtung eines Baugespannes für Neubauten an öffentlichen Strassen und in Dörfern als obligatorisch erklärt werden. Bezügliche Vorschriften scheinen jedoch nicht als opportun erachtet worden zu sein, sei es einerseits, dass der Unterschied zwischen Dorf- und Landschaft oft schwer zu bestimmen ist und rücksichtlich des Bedürfnisses auch nicht immer massgebend sein kann, sei es anderseits, dass ein allgemeines Gebot für entlegene, vereinzelte Baustellen, wo in ziemlicher Entfernung keine Nachbargebäude in Mitleidenschaft kommen, als eine ganz unpraktische, müssige und zugleich lästige Massregel erscheinen würde.

Um sich gegen voraussichtliche Widersprüche zu sichern, ist übrigens das Mittel der Provokation gegeben; § 214 der schwyz. Civil-Prozess-Ordnung Ziff. 3 Abs. 1 lautet nämlich:

»Wenn Jemand eine Baute auszuführen beabsichtigt, so ist er befugt, diejenigen, gegen deren voraussichtliche Widersprüche er sich zu sichern gedenkt, unter Vorlage eines Baurisses durch den Präsidenten auffordern lassen, ihre Einsprüche gegen die Baute oder gegen die Art derselben binnen einer angemessenen vom Präsidenten festgestellten Frist geltend zu machen, widrigenfalls daherige Einreden nicht mehr gehört und Aufforderer die Baute nach den vorgelegten Plänen auszuführen berechtigt wird. Bei Hochbauten muss auf Verlangen der Aufgeforderten oder

¹⁾ Sehr originell und für ländliche Verhältnisse jedenfalls zweckmässig und passend ist wohl des § 345 des Nidwaldner Sachenrechtes (von Deschwanden), welches lautet: »Kommt der Bau vor die Fenster eines benachbarten Wohnhauses oder eines andern Gebäudes, in welchem sich in der Regel Menschen aufzuhalten haben, so muss derselbe so weit zurücktreten oder so niedrig gehalten werden, dass der Nachbar aus dem dem Neubau zugewendeten ungeöffneten Fenster seines untersten d. h. zunächst über der Erde befindlichen Stockwerkes der ganzen Seite des gegenüberliegenden vorhabenden Neubaues entlang den Himmel erblicken kann. Die gleiche Vorschrift gilt auch für die Erhöhung bereits bestehender Gebäude.«

des Präsidenten ein Lattengestell von entsprechender Grösse aufgestellt werden.

Gleiches Provokationsverfahren ist zulässig bei Wasserleitungen, Teichanlagen, Marksteinsetzungen u. dgl.« (Vgl. Seite 45 und 58 Anmerkung 1.)

Fasst man die oben citierten baurechtlichen Bestimmungen zusammen, um sie im gegebenen Falle anzuwenden, ohne aber ihren materiellrechtlichen, rechtshistorischen Inhalt genau zu untersuchen, so ist es eigentlich kein Wunder, wenn die Rechtssprechung in Bauprozessen dadurch noch wesentlich erschwert wird. Die bisherige Rechtspraxis weist zwar auf diesem Gebiete eine ziemlich reichhaltige Casuistik auf. Allein es lassen sich nur mit Vorsicht hieraus bestimmte Regeln ziehen, da oft nur scheinbar die gleichen faktischen Voraussetzungen gegeben sind.

Als ein im ganzen Kanton anerkanntes Gewohnheitsrecht, das auch durch administrative und gerichtliche Entscheide bekräftigt wird, ist der Grundsatz anzusehen, dass der Eigentümer nicht bis dicht an seine Grenze bauen darf.¹⁾ Es wird dies durch die Tendenz motiviert, dass die Dachtraufe nicht auf des Nachbars Grundstück falle²⁾, da anderseits die Präsomption besteht, dass das Eigentum eines Grundbesitzers soweit reicht, als der Tropfenfall von der eigenen Dachtraufe.³⁾

¹⁾ Als Beleg hiefür kann folgende Stelle im schwyz. Landrecht (Kothing pag. 243) angeführt werden: »Item dem schriber zu alltenmatt, dem Säumer, Ist ein Hoffstaatt vnnd ein garten zu alltenmatt vssgangen, vnnd von minen herren erlaubt ein huss daruff zu buwen, Die Im auch also von Hartmann Mertzen vnnd Peter Brunner von miner herren beuelhens wegen vssgangen vnnd vssgezeichnet ist. Unnd soll der schriber das huss In sölicher mass machen, *Das das tachtrouff allenthalben niena vff der Lanntlüten allmy gangy.* Vnnd wenn kein huss me vff der selben Hoffstatt me stadt, So soll dann die selb Hoffstatt wider allmy sin vnnd dafür genutzet vund gebrucht werden, wie andere allmy.«

²⁾ Jeder Eigentümer hat denn auch das Dach auf seinem Gebäude so einzurichten, dass das Regenwasser vom Dach oder von den angebrachten Dachrinnen unmittelbar auf seinem Grund und Boden abfliesst.

³⁾ Diese Regel veranschaulicht in interessanter Weise der Prozess Rey kontra Aufdermayer, Besitzer des »Brunnenfeldes« in Seewen, vom 28. Juni 1892: Ein Nebengebäude des Rey hat nämlich an seiner südöstlichen, dem »Brunnenfeld« zugekehrten Längsseite ein Vordach von zirka 70 cm. Breite und es behauptete der Kläger (Rey) gemäss seiner Rechtsfrage, dass der unter diesem Vordache befindliche Grund und Boden auch zum Gebäude gehöre und der Tropfenfall seines Nebengebäudes die

Wie wenig oft die Gerichte geneigt waren, nachbarliche Rücksichten walten zu lassen, beweist ein Entscheid des Kantonsgerichts in Bestätigung des bezirksgerichtlichen Urteils von Einsiedeln, wonach einer nicht behindert wurde, aus Chicane eine Bretterwand vor des Nachbars Haus hinstellen, da ein Dienstbarkeitsvertrag nur dahin lautete, es dürfe kein Gebäude an jener Stelle aufgerichtet werden.¹⁾

Die Gerichtsurteile beziehen sich meist auf die Interpretation eines baurechtlichen Vertrages und sind darum hier von geringerer Bedeutung.

Grenze bilde gegenüber dem »Brunnenfeld«. Der Beklagte (Aufdermauer) machte ein Eigentumsrecht an dem unter dem Vordache des klägerischen Ökonomiegebäudes befindlichen Land geltend, da er von jeher das Gras dieses streitigen Landes abmähte, zeitweise Holz darauf ablagerte, ja sogar die Hagrichtung auf die Ecke des betreffenden Gebäudes hinweise. Da der Beklagte den Erwerb einer solchen Servitutsberechtigung nicht rechtsgenügend nachweisen konnte, so entschied das Kantonsgericht zu Gunsten der obigen Präsumpion des Klägers.

Ein Seitenstück dazu bildet folgender Fall, der kürzlich vom Bezirksgericht Schwyz entschieden worden ist: »An das Haus der Frau Albin in Brunnen ist das alte Haus des Schreiner Lagler angebaut. Seinerzeit war das Albinische Haus höher geführt worden, so dass ein Vordach auf das kleinere angebaute Haus Lagler überragte. Lagler behauptete nun, dass er ebenfalls höher bauen dürfe und eventuell das Vordach beseitigt werden müsse. Frau Albin bestritt dies an ihrer Hausseite nach, die eventuell verbaut würde; namentlich behauptete sie, dass das Haus samt Vordach früher von Lagler und seinem Bruder besessen und so von diesem verkauft worden sei. Das Gericht gab dem Kläger das Recht, hinzubauen bis unter das Vordach, dagegen darf er das Vordach nicht entfernen, wohl aber — mangels entgegenstehender baulicher Bestimmungen — dasselbe auf seiner Seite wieder verbauen.

Vergl. ferner Regierungsrats-Prot. Bd. 29 pag. 961 v. J. 1876; Bezirksgericht March (Hegner kontra Steinegger) v. J. 1879, und Kantonsgerichts-Prot. Bd. XIV pag. 136 (1865).

¹⁾ Das betreffende Urteil wird damit begründet: 1. dass die erwähnte Bretterwand, wenn sie auch in Bezug auf Beschränkung der Aussicht des appellantisches Hauses die gleiche Wirkung hat, wie ein Gebäude, dennoch nicht als solches aufgefasst werden kann; 2. dass nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen Verträge nicht extensiv interpretiert werden dürfen und die Auslegung derselben nach der Absicht der Kontrahenten erst da Anwendung finden darf, wo der Wortlaut der Verträge unklar ist.

M. E. ist das Urteil nicht richtig. Auch eine solche Bretterwand lässt sich ganz wohl unter den Begriff von »Gebäude« subsumieren, besonders da man bei solchen Servitutsbestimmungen meist die Verhinderung des Verbauens überhaupt im Auge hat. (Vergl. Kantonsgerichts-Prot. Bd. XVI pag. 214 v. J. 1869.) — Es ist das der sog. Neidbau, der nicht den eigenen Nutzen, sondern die Kränkung des andern zum Zwecke hat.

Begreiflicherweise lässt sich an Hand der vorgekommenen Gerichtsentscheide kein vollständiges Bild entwerfen über sämtliche baurechtlichen Verhältnisse. Gerade dem Baurecht haften so viele Details an, dass es nur auf dem Wege der Gesetzgebung möglich ist, hierüber klares Licht zu schaffen. Es sei hier unter anderm nur noch erinnert an das Benutzungsrecht gemeinschaftlicher Scheidewände bei Doppelhäusern, an die durch Bauten mögliche Störung von Rechten z. B. Verkümmern einer Weggerechtigkeit; ferner an baupolizeiliche Vorschriften¹⁾ z. B. über die Festigkeit der Kamine mit Rücksicht auf die Feuerpolizei; über die Ableitung des Dachwassers mit Rücksicht auf die Strassen und Nachbargebäude und vor allem an sanitarische Vorschriften.

Für grössere Dörfer hauptsächlich wären solche Bestimmungen ein unabweisbares Bedürfnis. Eine daherige Petition des Bezirksrates von Einsiedeln²⁾ verlief aber resultatlos. Das jeweilige Eingreifen des kantonalen Baudepartements in solchen Angelegenheiten reicht begreiflich nicht hin, solange nicht allgemein verbindliche Bestimmungen zum vorneherein Ordnung schaffen.

Eine Verordnung des Kantonsrates³⁾ vom Jahre 1887 hat zwar in den §§ 5 und 6 eine regierungsrätliche Sanktion vorgesehen für Reglemente der Gemeinden betreffend bau- und sanitätspolizeiliche Anordnungen; allein hievon hat bis zur heutigen Stunde noch keine Gemeinde einen Gebrauch gemacht, da ihnen die Kompetenz für gründliche und durchschlagende Massregeln abgeht.

¹⁾ Im Archiv in Schwyz vorgefundene Schriftstücke beweisen, dass auch früher schon mannigfache derartige Bestimmungen erlassen worden sind. Eine solche im Jahre 1780 vom Landrat erlassene Publikation lautet: »Kämin, Schornsteine von Holz oder Gert in Dörfern sollen in unserm Land verboten sein, sie müssen von Ziegeln oder Stein gemacht werden.« Ein Ratsbeschluss (Datum ist auf dem Schriftstück unleserlich) verfügt: »Kamine und Feuerstellen sollen alljährlich durch die hiezu verordneten Feuerinspektoren besichtigt und das Mangelbare zu besseren befohlen werden; gefährliche Öfen oder Kamine aber eingeschlagen und gute zu machen angehalten werden. Die Ungehorsamen sollen sie der Obrigkeit anzeigen.«

²⁾ Siehe Regierungsrats-Prot. Bd. 30 pag. 1166 v. J. 1877.

³⁾ Siehe Gesetzessammlung Bd. II pag. 618.

VIII. Schädliche Benutzung des Eigentums im Allgemeinen.

Die rechtliche Abscheidung der Grundstücke würde mit den Bedürfnissen des Lebens in einen unversöhnlichen Widerspruch treten, wenn sie als eine so strenge zu verstehen wäre, dass jede Belästigung des Nachbars, die durch Benutzung des Eigentums veranlasst werden kann, als objektive Rechtswidrigkeit erscheinen würde. Allein es treten sehr oft Fälle zu Tage, wo solche Belästigungen gegenüber dem Nachbar notwendig in bestimmte Grenzen gebahnt werden müssen. Wenn auch hier wiederum diese Grenzen im Kt. Schwyz nicht gesetzlich normiert sind, so gibt uns doch wenigstens einigermaßen das blosse Rechtsbewusstsein den nötigen Massstab in die Hand. In vortrefflicher Weise sagt Jhering,¹⁾ dass hier das Recht seinen Zuschnitt nur nach dem machen kann, was gewöhnlich und regelmässig ist, und dass demnach für die Frage von der schädlichen Einwirkung auf die Person der Massstab der allgemeinen persönlichen Empfänglichkeit, für die von der Gefährdung der Sache derjenige der gewöhnlichen Benutzung des Grund und Bodens zu Grunde zu legen sei. Mit Aufstellung eines solchen objektiven Gesichtspunktes ist wie Jhering weiter ausführt der Streit über die Statthaftigkeit oder Unstatthaftigkeit der Einwirkungen der Sphäre des rein Individuellen, Zufälligen, Konkreten entrückt und auf die Höhe der abstrakten Beurteilung gehoben und damit die Frage für den Richter ausserordentlich vereinfacht, vor allem aber für die beteiligte Partei der unschätzbare Vorteil gewonnen, dass sie des Nachweises der konkreten Schädlichkeit oder Lästigkeit ganz ebenso überhoben ist, wie sie es für alle in abstracto anerkannten Prädialservituten rücksichtlich des Nachweises der konkreten Utilität ist.

Es sind in neuerer Zeit vor allem die Fabriken und sonstigen gewerblichen Anlagen, die oft dazu angethan sind, der Nachbarschaft

¹⁾ Vergl. v. Ihering: Zur Lehre von den Beschränkungen des Grundeigentümers im Interesse des Nachbarn. (Bd. VI, Abhlg. II, pag. 53.)

gesundheitsschädlich zu sein, oder sonst den Nachbarn das Wohnen auf ihren Grundstücken unerträglich zu machen, sei es z. B. durch Zuführung von Rauch, Dämpfen etc. oder durch Erschütterung ihrer Gebäude.

Der Kanton Schwyz ist in Wirklichkeit bis heute noch nicht in die wohl »wünschbare« Lage versetzt worden, beschränkende allgemeine Vorschriften über Fabrikanlagen dieser oder jener Art ergehen zu lassen, und man darf sagen, dass in den meisten Ortschaften der Rauch eines Fabrikamins eher begrüsst werden würde. Eventuell dürfte es übrigens genügen, für gewisse Anlagen, welche mit Gefahren verbunden sind, oder zu einer ausserordentlichen Belästigung der Nachbarschaft führen können, etwa eine regierungsrätliche Konzession zu erfordern.

Die meisten Beschränkungen, die für unsere Verhältnisse in Betracht fallen, beziehen sich auf die Berechtigung des Nachbarn, gegen die aus fremden Brunnen, Waschhäusern, Ställen, Cisternen, Abtritten, Dohlen u. s. f. in seine Liegenschaft eindringende oder deren Brunnwasser verunreinigende Feuchtigkeit, ausser dem Ersatz für den verursachten Schaden, Abhilfe durch gehörige Instandhaltung und Verwahrung des betreffenden Gebäudes oder Behälters, und im Notfalle dessen gänzliche Entfernung zu verlangen.¹⁾

Ältere landrechtliche Bestimmungen ähnlicher Art sind zwar nur im Landbuch von Schwyz aufgezeichnet, aber aus diesen allein lässt sich schon entnehmen, dass im nachbarlichen und öffentlichen Interesse auch früher die Obrigkeit die nötige Obsorge walten liess.

Ein Artikel in lib. I fol. 31 (s. Kothing Ldb. pag. 46) verbietet die Verunreinigung von Gewässern durch Hineinwerfen von toten Tieren oder andern »Unsauberkeiten«:

»WYer sind ouch kommen überein vnnd Habent gesetzt, dass nieman in vnnßerm Lanndt, wer Joch die werent, theyn todt vych, welicherley Joch das sye, ouch nit katzen, Hund oder

¹⁾ Vergl. Regierungsrats-Prot. Bd. 27 pag. 366 v. J. 1876: »Es wird die Verfügung des Bezirksamtes March, dass das Wasser, welches der untere Anstösser zum Viehtränken benutzt, nicht durch ein Torflager abgeleitet werden dürfe, aufrecht erhalten.« — Ebenso ist schon des öfters das Düngen, durch welche bereits vorhandene Brunnen eines andern verunreinigt oder unbrauchbar gemacht würden, untersagt worden. (Wegmattli-Prozess in Schwyz.) — Vergl. ferner Regierungsrats-Prot. Bd. 37 pag. 1235 vom Jahre 1884 betr. Instandhaltung eines Jauchebehälters.

ander vnsuberkeyt In theyne flyesßende Wasßer vnnd bäch
zyen noch thun soll. Vnnd wer Hieran übertätte, vnnd dis, wie
oblut, nit Hiellte, Der vnnd die sollent zu Rechtem eynung vnnd
busß verfallen sin achtsechen plaphart. Vnnd soll Harum leiden,
wer dem Lanndt geschworn Hatt, yettlicher by sinem eyde, den
klegern in jedem vyertell, So über todt vych zu begraben
kleger sindt; die selben söllent denn dem eynung nachgan by
Jren eyden. Vnnd ghört des selben eynungs dem kleger Sechß
plaphart, vnnd den Lanndtlüten ein pfundt.

Eine andere Vorschrift in lib. V fol. 70 (s. Kothing Ldb. pag.
77) verlangt, dass man in bestimmten Waschhäusern waschen soll.
Es galt dies aber nur für das Dorf Schwyz, wo wirklich heutzutage
noch solche öffentliche Waschhäuser bestehen:

»Vff obgemellten samsstag Nach der vffart Im XIr Jar
Hannd wier ouch angesehen vnnd verbotten, das nieman Im
dorff zu Killchgaß¹⁾ In sinem Huß kein vffgeschlagne wösch
sechten soll, Sunder söllent damit zu den wöschhüßern, die
darzu gemacht sind. Vnnd ob yemann hieran übersächy vnnd
disen vffsatz nit hiellt, der oder die söllent zu busß verfallen
sin, so dick das zu schulden kumpt, Ein pfundt; und soll harum
leiden, wer dem Lanndt geschworn hatt, yettlicher by sinem
eyde. Ob aber ettwa einer frowen Nott würd, ettwas in einem
kesßel zu ersieden vnnd weschen, das mag sy woll thun, disem
vffsatz an schaden.«

Endlich ist noch zu verweisen auf einen im Landbuch (siehe
Kothing pag. 77) aufgezeichneten Artikel, welcher sich über die
Reinhaltung der Strassen ausspricht:

»Ein Ammann vnd gesesßner Ratt haben ouch gesetzt, das
nieman kein vnsuber wüst ding Noch güsell In kein kilchweg
Noch ander offen Lantstrassen schütten oder tragen soll By
Achtzechen pplart zBus, dorum mengklich leiden By sin Eyde.«

Heute gelangt die Grosszahl der Beschwerden obgenannter
Art seitens von Nachbarn schon vor der zuständigen Administrativ-

¹⁾ In einem Schriftstück mit dem Datum v. J. 1824, das sich im Archiv vor-
gefunden, ist als Anmerkung zu lesen: »Kilchgass war vor Zeiten der eigentliche
Namen des Hauptfleckens oder Dorfes Schwyz; nur der Kanton hiess Schwyz oder
Schweyz laut alten Dokumenten und Gesätzen von anno 1501 lib. 2, fol. 10 und 12.

behörde zum Austrag; denn wer aus solchen Gründen Einsprache erhebt, muss zuerst bei den Verwaltungsbehörden in genügender Weise um polizeiliche Abhilfe des behaupteten Übelstandes nachsuchen.¹⁾

Da wo sanitarische Massregeln im öffentlichen Interesse in Frage kommen, sind einerseits dem Sanitätskollegium die nötigen Kompetenzen eingeräumt,²⁾ anderseits enthält auch die Strassenverordnung vom Jahre 1849 einige, wenn auch in obiger Hinsicht etwas ungenügende Vorschriften.³⁾



¹⁾ Vergl. Verordnung über das Verfahren in Administrativ-Rechtsstreitigkeiten vom 7. Oktober 1858 (s. Gesetzessammlung Bd. V pag. 142.)

²⁾ Vergl. Medizinal-Organisation vom 14. Juni 1878, § 2 Ziff. 9 (s. Gesetzessammlung Bd. II pag. 676), welche lautet: »Dem Sanitätskollegium liegt ob: die Aufsicht über die sanitarischen Einrichtungen der Schulhäuser und Fabriken, der öffentlichen Brunnenleitungen, Kanäle und Aborte.« — Vergl. auch die vom eidg. Fabrikinspektorat herausgegebenen Normen für den Neu- oder Umbau von Fabrikanlagen.

Dass auch früher in sanitärer Hinsicht mitunter die Obrigkeit die nötigen Massregeln ergriff, besagt z. B. ein Entscheid des Landrates von Schwyz v. J. 1811 (siehe Bd. 51 pag. 99), wonach auf die Anzeige, »dass die Laimgruben bei Ingenbohl, welche anfangen für die anstossenden Bewohner gefährlich und gesundheitsschädlich, für Menschen und Vieh nachteilig zu werden«, die nötige Abhilfe geboten wurde.

³⁾ § 19 dieser Verordnung lautet. »Bei gleicher Busse (2—10 Fr.) ist es verboten, Dünger auf den Strassen oder Strassengräben abzulegen, oder auf dieselben von anliegenden Häusern, Gärten oder Gütern Kehricht, Steine oder andere Abfälle hinzuwerfen.« § 35 schreibt sodann noch vor: »Das Ableiten von Jauche auf Strassen ist bei einer Busse von 2 bis 8 Fr. untersagt.«

Wie man leicht ersieht, sind hauptsächlich unter den Titeln VI, VII und VIII Beschränkungen, die im öffentlichrechtlichen Interesse, und solche, die im nachbarrechtlichen Interesse auferlegt sind, hie und da gemeinsam behandelt worden, trotzdem zwischen beiden Arten ein wesentlicher Unterschied ist. Denn wenn auch bei letztern die Gesamtheit gleichfalls ein Interesse an der Beschränkung hat, so ist doch die Wirkung der letztern Beschränkungen deshalb von vorneherein eine andere, als bei den erstern, weil dadurch nur das privatrechtliche Verhältnis von Grundeigentümern unter sich und in betreff ihrer aneinanderstossenden Grundstücke geregelt wird, während bei den erstern eine Beschränkung gegenüber jedermann, gegenüber dem allgemeinen stattfindet und infolgedessen auch einen absoluten Charakter haben, der keine abweichende Verabredung zulässt.

Die Heranziehung der öffentlichrechtlichen Beschränkungen lässt sich jedoch rechtfertigen wegen des übereinstimmenden materiellen Inhaltes, der ursprünglich aus meist rein privatrechtlichen Gründen hervorgegangen ist und erst mit der Zeit ein mehr und mehr öffentliches Gepräge erhalten hat.



Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einleitung	5
Der Juristische Charakter des Nachbarrechtes	8
I. Wegrechte :	
a) Notweg	9
b) Andere Wegrechte	14
II. Das nachbarliche Wasserrecht :	
1. Rechte betreffend das Wasser auf eigenem Grund	35
2. Rechte und Pflichten betreffend natürlichen Ablauf des Wassers	39
3. Das Recht auf Durchleitung des Wassers	44
III. Das Hammerschlagsrecht	46
IV. Einfriedung und Hut des Viehes	47
V. Markung	56
VI. Kappung und Anriess	60
VII. Das Recht zu bauen	64
VIII. Schädliche Benutzung des Eigentums im allgemeinen	73

Bachblinderel-Landesanstalt
I. Körpererziehung. Augenabst.
München, Kurzerstr. 2



Theiler, Carl

Das Nachbarrecht des Kantons Schwyz

1896

Helv. 920 o

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11811755-1